www.die-linke-frankfurt.de

Programm zur
Kommunalwahl 2026

Keine Profite mit unserem Zuhause!

Die Linke

Die Linke. Kreisverband Frankfurt am Main
Allerheiligentor 2 - 4
60311 Frankfurt am Main

Tel.: 069 97 98 15 46
Mail: buero@linke-frankfurt.de
www.die-linke-ffm.de

Beschluss der Kreismitgliederversammlung
vom 25. Oktober 2025

Programm zur **Kommunalwahl** am 15.03.2026

Inhaltsverzeichnis

Präambel: Für ein Frankfurt, in dem alle gut leben können 6

1. Bezahlbarer Wohnraum für alle 8

2. Gute Arbeit und eine Wirtschaft, die den Menschen dient 13

3. Soziale Gerechtigkeit durchsetzen – Armut bekämpfen 17

4. Für eine nachhaltige und soziale Mobilität 19

5. Klimagerechtigkeit in Frankfurt erkämpfen 24

6. Gesunde Stadt 27

7. Bildung ist ein Menschenrecht 32

8. Gleiche Rechte für Migrant*innen – Geflüchtete willkommen 36

9. Aufstehen gegen Rechts 39

10. Global denken, lokal handeln: Friedenspolitik vor Ort 41

11. Demokratie stärken und Digitalisierung ausbauen 43

12. Gleichstellung von Frauen verwirklichen 45

13. Queer: Gleichberechtigung für alle geschlechtlichen Identitäten und sexuellen Orientierungen 47

14. Rechte der Menschen mit Behinderung stärken – Inklusion verwirklichen 49

15. Kinder und Jugendliche stärken 51

16. Gutes und würdevolles Leben im Alter 54

17. Kultur für alle 56

18. Verantwortung für Tiere in Frankfurt übernehmen 59

19. Breitensport fördern – statt Kommerzialisierung 61

20. Finanzen: Einnahmen erhöhen und Konzerngewinne gerecht besteuern 63

Präambel

Für ein Frankfurt, in dem **alle gut leben** können

Eine andere Welt ist möglich und eine gerechte Stadt für alle ebenso. Wir als Die Linke glauben daran, dass wir gemeinsam Frankfurt zu einem Ort machen können, an dem jede und jeder in Würde leben kann, unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Lebenslage. Eine Stadt, in der Solidarität und Zusammenhalt stärker sind als Egoismus, in der öffentlicher Raum allen gehört und niemand Angst vor der Zukunft haben muss. Diese Vision ist unser Antrieb: Frankfurt so zu gestalten, dass es Zuhause, Hoffnung und Chancen für alle bietet.

Frankfurt gehört heute zu den teuersten Städten Deutschlands. Wer hier leben und mitmachen will, braucht viel Geld. Mehr als jeder Fünfte hat heute schon kaum genug zum Leben. Die Mieten fressen immer mehr vom Einkommen auf. Alles wird teurer und vieles immer schlechter, der Alltag härter. Die aktuelle Politik verschärft das noch. Wo Hilfe nötig wäre, wird gekürzt. So entsteht der Boden für Gewalt und Hass.

Das nehmen wir nicht hin. Die heutigen Verhältnisse sind kein Naturgesetz. Wir können sie ändern.

Wir wollen, dass das Gemeinwohl zählt, nicht die Gewinne von Konzernen und Immobilienhaien. Steigende Mieten sind politisch gewollt. Wir können sie begrenzen. Und wir wollen, dass die Wohnungen gebaut werden, die die Menschen wirklich brauchen, keine Anlageobjekte für Renditejäger. Frankfurt ist unser Zuhause und steht nicht zum Ausverkauf.

Wir spüren täglich, dass in der Stadt vieles nicht läuft. Busse fallen aus, weil Personal fehlt. Kitas schließen, wenn jemand im Team krank wird. Im Bürgeramt wartet man ewig, Anträge bleiben monatelang liegen. Alles ist auf Kante genäht – das ist der viel gepriesene „schlanke Staat“.

Das wollen wir ändern. Wir wollen eine Stadt, die sich kümmert. Eine Stadt, die in schwierigen Situationen keinen allein lässt. Eine Stadt, die ihre Beschäftigten ordentlich bezahlt und ausstattet, ob sie Kinder betreuen, Bus fahren oder Schulen putzen.

Alle, die hier leben, verdienen eine Stadt, die für sie funktioniert. Sie verdienen Respekt. Sie brauchen sichere Jobs und ein Leben in Würde und Sicherheit. Sie brauchen eine Politik, die den Alltag in allen Vierteln ernst nimmt – in der Innenstadt genauso wie in Sossenheim, Zeilsheim oder Fechenheim.

Während viele nach rechts rücken, bleiben wir stabil und verteidigen die offene, demokratische Gesellschaft unserer vielfältigen Stadt. Wir glauben an Menschenrechte, an eine starke Zivilgesellschaft und daran, dass Zuwanderung kein Problem, sondern eine Bereicherung ist. Gegen Rechts heißt für uns: Einsatz für ein starkes Miteinander. Kümmern statt Kürzen – für eine Stadt, die ihre Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Dafür legen wir uns mit den Mächtigen an: mit großen Immobilienkonzernen, die Profite über das Wohl der Mieterinnen und Mieter stellen; mit Firmen, die vom Standort Frankfurt leben, aber nicht fair zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen; und mit einer Römer-Koalition, die der wachsenden sozialen Spaltung zu wenig entgegensetzt.

Politik überlassen wir dabei nicht einfach den Parlamenten. Wir handeln nicht nur für die Menschen, sondern mit ihnen. Wir sind Teil von Bewegungen gegen Mietenwahnsinn und Klimakrise. Wir unterstützen gewerkschaftliche Kämpfe und arbeiten in Bündnissen für ein weltoffenes, solidarisches Frankfurt.

Wir suchen die Zusammenarbeit mit allen, die einen echten Politikwechsel hin zu einem sozial-ökologischen Umbau wollen. Regieren ist für uns kein Selbstzweck: An einer Stadtregierung, die Sozialabbau, Kürzungspolitik, Privatisierungen oder Arbeitsplatzabbau betreibt, beteiligen wir uns nicht. Die Linke wird im Römer jeder Verbesserung der Lebensbedingungen in Frankfurt zustimmen und jede Verschlechterung entschieden bekämpfen.

Wir stehen an der Seite der Mehrheit in dieser Stadt: für bezahlbares Wohnen, sichere Jobs und ein gutes Leben für alle. Dafür kämpfen wir, in den Parlamenten, auf der Straße und gemeinsam mit allen, die diese Stadt gerechter machen wollen. In Zeiten von Aufrüstung, sozialem Kahlschlag, Rechtsentwicklung und ökologischer Krise kämpfen wir für eine gerechte Stadt. Wir formulieren eine realistische Antwort auf die Krise und streiten für den demokratischen Sozialismus.

Kapitel 1

Bezahlbarer **Wohnraum** für **alle**

Eine gute und bezahlbare Wohnung für jeden sollte in der reichen Stadt Frankfurt am Main selbstverständlich sein.

Mieten steigen nicht, sie werden erhöht. Immer mehr Wohnungen werden als Rendite- und Spekulationsobjekte zweckentfremdet, während der Bestand an Sozialwohnungen dramatisch schrumpft: Anfang der 1990er Jahre gab es noch rund 70.000 Sozialwohnungen in Frankfurt – heute sind es nur noch 21.000 – also weniger als ein Drittel davon.

Wohnungen sind ein Zuhause für Menschen, keine Geldanlage für Reiche und Investoren.

Die Linke kämpft an der Seite zahlreicher Initiativen für einen Richtungswechsel in der Wohnungspolitik – für eine Stadt für alle, in der Menschen nicht verdrängt, sondern geschützt werden. Wir wollen Mieten deckeln und senken, bezahlbare Wohnungen sichern und neu bauen – dauerhaft, gemeinwohlorientiert und ohne Renditedruck.

Die Linke fordert:

- 300 Millionen Euro jährlich zur Verfügung zu stellen, um Wohnungen als bezahlbaren Wohnraum aufzukaufen und zu fördern.
- Mindestens 1.000 neue Sozialwohnungen jährlich, vor allem durch die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften.
- Sozialbindungen dürfen nicht nach wenigen Jahren auslaufen, sondern müssen dauerhaft gelten. Einmal sozial, immer sozial!
- Leerstand den Kampf ansagen: 13.000 Wohnungen stehen leer. Einführung eines Zweckentfremdungsregisters und konsequente Nutzung rechtlicher Mittel – notfalls bis hin zur Enteignung. Denn Eigentum verpflichtet!
- Städtisches Rückkaufprogramm für ehemals öffentliche Wohnungen, insbesondere von Vonovia.
- Neubau von jährlich jeweils mindestens 500 Wohnheimplätzen für Auszubildende und Studierende. Mietkostenzuschuss für Azubi-Wohnheime.

Vorrang für sozialen Wohnungsbau

Öffentliche Wohnungsbaugesellschaften wie die ABG Holding spielen eine zentrale Rolle auf dem Frankfurter Wohnungsmarkt. Doch statt bezahlbarem Wohnraum wächst vor allem ihr Gewinn. 2023 erzielte die ABG über 83 Millionen Euro Überschuss, während viele ihrer Mieter*innen zu hohe Mieten zahlen. Hier muss die Stadt als Eigentümerin endlich umsteuern: Gewinne gehören in bezahlbaren Wohnraum investiert und nicht in den städtischen Haushalt. Nötig ist ein klarer Vorrang für sozialen Wohnungsbau – statt renditegetriebener Baupolitik und Privatisierung.

Die Linke fordert:

- Öffentliche Wohnungsgesellschaften sollen ausschließlich geförderte Wohnungen bauen. Der Bau von Eigentumswohnungen durch städtische Gesellschaften wird beendet.
- Mieten bei der ABG für Haushalte mit Wohnberechtigungsschein senken – freiwerdende Wohnungen nur noch zu Sozialmieten an Berechtigte vermieten.
- Der Mietenstopp muss ausgeweitet werden und für alle 54.000 Wohnungen der ABG und nicht nur für die freifinanzierten gelten, besonders also auch für geförderte Wohnungen. Wir unterstützen das Bündnis für einen Mietpreisstopp bei der Nassauischen Heimstätte.
- Keine Verkäufe öffentlicher Wohnungen – stattdessen Rückkauf und Rekommunalisierung forcieren.
- Nutzung aller kommunalen Vorkaufsrechte zur Bestandssicherung.
- Mehr gemeinwohlorientierter Neubau: Anteil städtischer Wohnungsbaugesellschaften am Neubau deutlich erhöhen. Die ABG soll aktiv Grundstücke rekommunalisieren und darauf bezahlbare Wohnungen errichten.
- Wohnraum besser nutzen: Die ABG stärkt das Wohnungstauschprogramm, das Bestandsmieter*innen den Umzug in eine kleinere Wohnung ermöglicht.
- Zwangsräumungen müssen bundesweit verboten werden. Die Stadt Frankfurt muss das bei den städtischen Wohnungsgesellschaften sofort umsetzen.
- Demokratisierung der stadteigenen Wohnungsgesellschaften: Mieter*innenbeiräte mit echter Mitsprache, verbindliche Zielplanung und soziale Leitlinien.
- Soziales Liegenschaftsmanagement einführen, um Leerstand bei städtischen Wohngebäuden zu verhindern.

Mieter*innen schützen!

Für Normalverdienende ist es kaum möglich, eine Wohnung in Frankfurt zu finden. Alleinerziehende, Erwerbslose, Auszubildende, Rentner*innen und Menschen mit Migrationsgeschichte sind auf dem Wohnungsmarkt zusätzlich diskriminiert. Wir wollen, dass Mieter*innen in Frankfurt nicht aus ihrem Lebensumfeld verdrängt und besser geschützt werden.

Die Linke fordert:

- Milieuschutzsatzungen ausweiten, Kriterien verschärfen und das kommunale Vorkaufsrecht konsequent nutzen.
- Mietpreisüberhöhung – z. B. wegen Möblierung – und Verstöße gegen die Mietpreisbremse konsequent sanktionieren. Die Stadt muss aktiv über die

Mietpreisbremse informieren, damit betroffene Mieter*innen sich wehren können.

- „Möbliertes Wohnen“ auf Zeit in Milieuschutzgebieten verbieten. Zudem muss sich die Stadt Frankfurt auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Ausnahmen für möbliertes Wohnen bei der Mietpreisbremse abgeschafft werden.
- Mietwucher bekämpfen: Mehr Personal im Amt für Wohnungswesen und die Anlaufstelle “Mietwucher” noch besser bewerben.
- Den Mieten-Monitor der Stadt verstetigen, Immobilien-Anzeigen systematisch auswerten und Verstöße ahnden.
- Mietspiegel gerechter gestalten: Auch Bestandsmieten müssen einfließen.
- Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen benötigen bisher eine Genehmigung. Dieser Genehmigungsvorbehalt läuft Ende 2025 aus und muss dringend verlängert werden. Kündigungsschutz wieder auf zehn Jahre verlängern.
- Die Stadt Frankfurt unterstützt die Forderung nach einem bundesweiten Mietendeckel und einem Mietenstopp sowie nach Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne – wie Vonovia und Deutsche Wohnen. Laut Grundgesetz ist das möglich und geboten, wenn mit Eigentum Missbrauch zum Schaden der Allgemeinheit getrieben wird.
- Die Stadt Frankfurt unterstützt die Forderung nach einer bundesweiten Abschaffung von Indexmieten. Die Umlagefähigkeit von Modernisierungskosten und verbrauchsunabhängigen Nebenkosten wie Grundsteuer und Gebäudeversicherungen muss abgeschafft werden.
- Heizen darf kein Luxus sein: Die Stadt muss eine soziale Wärmewende aktiv vorantreiben. Wir unterstützen das Bündnis Wärmewende Frankfurt.

Wohnungslosigkeit bekämpfen – Menschenwürdiges Wohnen für alle sicherstellen

Obdachlosigkeit sollte es in einer reichen Stadt wie Frankfurt gar nicht geben. Tatsächlich kommt es wegen steigender Wohnungspreise, Zwangsräumungen und aus anderen Gründen zu immer mehr und länger andauernder Obdachlosigkeit. Dem stellen wir uns entgegen, denn das Menschenrecht auf eine angemessene Wohnung gilt für alle!

Die Linke fordert:

- Selbstverpflichtung der Stadt Frankfurt zur Beendigung der Obdachlosigkeit bis 2030.
- Vollwertige, bezahlbare Wohnungen statt beengter Notunterkünfte, Unterbringung in U-Bahn-Stationen nur in Ausnahmefällen.
- „Housing First“-Projekt ausbauen: Mindestens 100 Menschen pro Jahr sollen durch dieses Modell eine Wohnung erhalten.
- Mindestens 30 neue Frauenhausplätze pro Jahr.
- Zwangsräumungen verhindern, keine Zwangsumzüge bei Bürgergeldbezug.
- Eine negative Schufa-Auskunft darf kein pauschales Ausschlusskriterium bei der Wohnungssuche sein, besonders nicht bei öffentlichen und gemeinnützigen Anbietern.
- Einrichtung eines kommunalen Wohnangebots für Wanderarbeiter*innen, das ihnen trotz Ausschluss aus dem Sozialrecht menschenwürdiges Wohnen ermöglicht.

„Mieten steigen nicht, sie werden erhöht.“

Grund und Boden dem Markt entziehen – Kein Verkauf von öffentlichen Grundstücken!

Obwohl sich Boden als nicht vermehrbares Gut von vielen anderen Gütern und Dienstleistungen unterscheidet, unterliegt er den Marktgesetzen des Kapitalismus. Das spüren viele Frankfurter*innen jeden Tag: steigende Mieten, fehlender bezahlbarer Wohnraum, dafür Luxus-Wohntürme. Die Verfügungsmacht darüber darf nicht länger dem Markt überlassen werden, die Spekulation mit Grund und Boden muss beendet werden.

Die Linke fordert:

- Kommunalen Boden grundsätzlich nicht verkaufen – nur noch in Erbpacht vergeben, nur an gemeinnützige Akteure.
- Bodenspekulation unterbinden: Die Stadt soll einen Liegenschaftsfonds von 100 Millionen Euro schaffen, der u.a. das Vorkaufsrecht konsequent nutzt und weitere Flächen für soziale und ökologische Entwicklung ankauft und so dauerhaft dem Markt entzieht.
- Die Stadt Frankfurt muss sich aktiv dafür einsetzen, dass die Kommunen das Recht bekommen, privaten Grund und Boden notfalls zugunsten gemeinnützigen Wohnungsbaus zu enteignen.

Für eine solidarische Stadtentwicklung – sozial und klimagerecht

Frankfurt verändert sich – doch für viele Menschen und auch für viele kleine Geschäfte und Gewerbetreibende bedeutet das Verdrängung statt Verbesserung. Dabei kann der Umbau der bestehenden Stadt eine große Chance sein: für sozialen Wohnraum, mehr Lebensqualität, bessere Infrastruktur und wirksamen Klimaschutz.

Wir wollen eine solidarische Stadtentwicklung, die alle Stadtteile mitdenkt und den Fokus auf den Erhalt und die nachhaltige Nutzung des Bestands legt – statt auf weitere Luxusprojekte und Betonwüsten.

Die Linke fordert:

- Keine Genehmigung neuer Luxusprojekte und überdimensionierter Büroflächen – die Innenstadt braucht Frischluft und Vielfalt statt Beton und Leere.
- Mietendeckel für Kleingewerbetreibende.
- Umbau statt Abriss: Bestandsgebäude erhalten, klimagerecht sanieren und nachverdichten.
- Auch Baulückenbebauung nach § 34 BauGB muss sozial und ökologisch verträglich sein – mit transparentem Genehmigungsverfahren.
- Miethöhen im Bestand müssen bei Nachverdichtungen erhalten bleiben.
- Nachverdichtungen nur mit Ausbau der sozialen, kulturellen und ökologischen Infrastruktur – z. B. Kitas, ÖPNV, Jugend- und Nachbarschaftszentren.
- Dachausbau, Aufstockung und Überbau mindergenutzter Flächen, z. B. von Supermärkten, Parkplätzen und Baulücken erleichtern.
- Airbnb und Co den Kampf ansagen! Bauaufsicht personell stärken, Ferienwohnungssatzung konsequent umsetzen und Verstöße ahnden. Der Umnutzung von Wohnraum in Ferienwohnungen schieben wir einen Riegel vor.
- Die „Grüne Lunge“ im Nordend dauerhaft sichern, Öffnung der Fläche für die Allgemeinheit in Zusammenarbeit mit den Initiativen vor Ort. Ausschließlich sozialer Wohnungsbau auf den bereits versiegelten Randflächen, Bebauung sonst ausschließen.
- Öffentliche Plätze umgestalten, in der Innenstadt und den Stadtteilen: Begrünung, mehr Aufenthaltsqualität und soziale Nutzung.
- Brunnenkonzepte für alle Stadtteile. Wir bauen und reaktivieren städtische Brunnen auf zentralen Plätzen der Stadtviertel.
- In allen Stadtteilen sollen kindgerechte Spiel- und Aufenthaltsbereiche mit schattenspendender Begrünung, Wasserstellen und gesicherten Zugängen geschaffen werden.
- Toilettenkonzept umsetzen: kostenfreie und saubere öffentliche WCs in allen Stadtteilen.

Neubaugebiete unter Vorbehalt: Vorrang für Sozialen Wohnungsbau, Klimaschutz und Lebensqualität

Frankfurts Flächen sind begrenzt – umso wichtiger ist es, neue Baugebiete mit Bedacht zu entwickeln. Wohnraum darf nicht gegen Klima- und Naturschutz ausgespielt werden. Neue Quartiere sollen bezahlbar, barrierefrei, klimaresilient und gut an den ÖPNV angebunden sein.

Dem geplanten „Stadtteil der Quartiere“ im Nordwesten Frankfurts stimmen wir nur zu, wenn er als wegweisendes soziales Stadtquartier geplant wird: mit einem Drittelmix aus Sozialwohnungen, Wohnungen im Mittelstandsprogramm und gemeinschaftlichem Wohnen, mit klarer Priorität für den Erhalt von Kaltluftschneisen sowie Natur-, Wasser- und Klimaschutz.

Die nötige soziale und verkehrliche Infrastruktur muss von Beginn an mitgedacht werden. Flächen für Handwerk und Gewerbe sollen nahe der Autobahn eingeplant werden. Öffentliche Grundstücke müssen in öffentlicher Hand bleiben – entwickelt durch die ABG, die Nassauische Heimstätte oder direkt durch die Stadt.

Der notwendige Lärmschutz darf nicht durch den Bau von Sozialwohnungen hergestellt werden. Eine optimale Lösung ist nur mit einer kompletten Einhausung der Autobahn möglich. Grundstücke sollen nach sozialen Kriterien vergeben werden – auch unterhalb des Verkehrswerts –, wenn dauerhaft günstige Mieten gesichert sind.

Die Linke fordert:

- Neubau nur sozial und ökologisch – mindestens 68 % geförderte Wohnungen, auf öffentlichen Flächen 100 %.
- Wohnraum für alle: In Neubaugebieten ein Drittelmix aus Sozialwohnungen, Mittelstandsprogramm und gemeinschaftlichem Wohnen. Keine Eigentumswohnungen oder Einfamilienhäuser auf neuen Flächen. Serielles Bauen fördern.
- Soziale Infrastruktur mitplanen: Schulen, Kitas, ÖPNV, Grünflächen und Gesundheitsversorgung.
- Neue Wohnungen von Anfang an barrierefrei bauen – auch beim Umbau Barrieren konsequent abbauen.
- Klimafolgen prüfen, keine Bebauung ohne Analyse der Luftströme und Auswirkungen auf Artenvielfalt.
- Neubauten sollen nach Möglichkeit den Zugang zum Fernwärmenetz erhalten.
- Wenn Flächen versiegelt werden, muss als Ausgleich ortsnah entsiegelt werden. Keine Bebauung des Grüngürtels.
- Bei neuen Bauprojekten auf nachhaltige Baustoffe und geringen Energieaufwand achten.
- Wasserverbrauch von Neubauten möglichst gering halten, bei größeren Projekten ein eigenes Brauchwassernetz schaffen.
- Frühzeitige und transparente Bürger*innenbeteiligung bei neuen Baugebieten.

Genossenschaften und Wohnprojekte stärken

Genossenschaften sichern durch ihre demokratischen Strukturen eine bezahlbare Wohnraumversorgung ihrer Mitglieder. Das Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen unterstützt Menschen, die gemeinschaftlich zu fairen Mieten wohnen wollen, und koordiniert die Vergabe von Grundstücken nach dem besten Konzept. Wir wollen diese genossenschaftlichen und solidarischen Strukturen stärken und fördern.

Die Linke fordert:

- Bei neuen Baugebieten 20 Prozent der Wohnbaufläche für gemeinschaftliche Wohnformen vorsehen.
- Die Mittel für den Liegenschaftsfonds zur Förderung von gemeinschaftlichen Wohnprojekten auf 20 Millionen Euro zu erhöhen.
- Den Erbpachtzins für gemeinwohlorientierte Wohnungsakteure wie gemeinschaftliche Wohngruppen und Genossenschaften von 2,5 auf 0,5 Prozent senken.
- Die sogenannten Bestands- und Traditionsgenossenschaften werden durch Fördermittel beim Erhalt preiswerten Wohnraums unterstützt.

„Wir wollen den Umbau der Stadt für sozialen Wohnraum, mehr Lebensqualität, bessere Infrastruktur und wirksamen Klimaschutz nutzen.“

Kapitel 2

Gute Arbeit und eine **Wirtschaft,** die den **Menschen dient**

Frankfurt gehört zu den wirtschaftsstärksten Städten Deutschlands – doch bei vielen kommt davon wenig an. Während Konzerne hohe Gewinne erzielen, geraten immer mehr Menschen in finanzielle Not: Löhne und Gehälter reichen oft nicht aus, um die steigenden Mieten und Lebenshaltungskosten zu stemmen.

Auch in einer reichen Stadt wie Frankfurt leben viele Menschen in Armut. Erwerbslosigkeit, prekäre Jobs, fehlende Tarifverträge und schlechte Arbeitsbedingungen sind Alltag – ebenso wie Unterbesetzung in öffentlichen Diensten und privaten Unternehmen.

Wir sagen: Schluss mit einer Wirtschaft, die Profite über Menschen stellt. Statt weiterer Standortlogik braucht es eine Wirtschaftswende von unten – mit fairen Löhnen, guten Arbeitsbedingungen, Investitionen in öffentliche Infrastruktur und einer Wirtschaftspolitik, die am Gemeinwohl orientiert ist.

Frankfurt kann hier vorangehen – als Arbeitgeberin, bei der Auftragsvergabe und durch gezielte Förderung der regionalen Wirtschaft. Wir kämpfen für eine solidarische Wirtschaft, die den Menschen dient – nicht umgekehrt.

Die Stadt Frankfurt muss als Arbeitgeberin Vorbild sein

Die Stadt Frankfurt muss als öffentliche Arbeitgeberin Vorbild sein. Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst halten die Stadt am Laufen: ob im öffentlichen Gesundheitsdienst, bei der Stadtreinigung, in den Planungsämtern, in Kitas, im ÖPNV, bei Bürgerämtern oder im sozialen Dienst.

Doch Personalmangel, Überlastung und zu niedrige Löhne verschärfen die Lage. Viele Stellen bleiben unbesetzt – auch weil sich städtische Beschäftigte das Leben in Frankfurt oft nicht mehr leisten können.

Durch die zunehmende Einwohnerzahl, wachsende Aufgaben und unbesetzte Stellen in der Stadtverwaltung sind die städtischen Beschäftigten einer ständig steigenden Arbeitsbelastung ausgesetzt und leisten Überstunden. Trotzdem oder gerade deshalb fehlt Personal. Das spüren die Menschen durch lange Wartezeiten bei Terminen und Anträgen, durch tageweise geschlossene Kitas und ausfallende Busse.

Eine bürgernahe Stadtverwaltung braucht genug Personal, faire Bezahlung und verlässliche Arbeitszeiten. Die Stadt muss zeigen, dass sie gute Arbeit ernst nimmt – und ihre Beschäftigten wertschätzt.

Eine bürgernahe Stadtverwaltung, die die Anliegen der Menschen zeitnah bearbeiten kann, braucht ausreichend Personal, gute Arbeitsbedingungen und Löhne, von denen man in Frankfurt leben kann. Viele Beschäftigte der Stadtverwaltung können sich das Leben und Wohnen in Frankfurt und im Umland nicht mehr leisten, auch deshalb bleiben viele offene Stellen unbesetzt. Wir unterstützen die Forderung des Personalrats und der Gewerkschaften nach einem „Frankfurt-Zuschlag“, einer Ballungsraumzulage von 300 Euro, für alle Beschäftigten im Öffentlichen Dienst („Frankfurt, leg’ ne Schippe drauf!“). In anderen Städten wie München, Hamburg und Berlin gibt es derartige Zulagen bereits.

Die Linke fordert:

- Einen „Frankfurt-Zuschlag“ von 300 Euro monatlich für alle städtischen Beschäftigten.
- Alle unbesetzten oder neu ausgeschriebenen Stellen zügig besetzen.
- Bessere Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung, insbesondere im Sozial- und Erziehungsdienst.
- Ausbau der Stadtverwaltung für besseren Bürgerservice und neue Arbeitsplätze.
- Wiederaufbau kommunaler Bau- und Betriebshöfe zur Eigenvergabe von Aufträgen.
- Ausbildungsplätze über den eigenen Bedarf hinaus schaffen.
- Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Abbau von Überstunden, familienfreundliche und verlässliche Arbeitszeiten.
- Gleichstellung von Frauen in Führungspositionen stärken.
- Diskriminierung und Mobbing am Arbeitsplatz konsequent entgegenwirken, barrierefreie Arbeitsorganisation sicherstellen.
- Ökonomische Teilhabe soll für alle realisiert werden. Durch Arbeitsangebote in städtischen Betrieben kann allen Erwerbslosen ein sinnvoller Erhalt und Weiterentwicklung ihrer Professionalität angeboten werden. Der Total-Ausschluss vom Erwerbsleben (Arbeitslosigkeit) so vieler Menschen muss enden! Die Stadt Frankfurt kann dabei Vorreiter neuer Ansätze werden.

Verpflichtung zu Tariftreue, Nachhaltigkeit und sozialen Standards

Die Stadt Frankfurt muss bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sicherstellen, dass soziale und ökologische Standards eingehalten werden. Alle Arbeiten im Auftrag der Stadt sollen nach Tarif bezahlt werden. Unternehmen, die den gesetzlichen Mindestlohn unterlaufen, Tarifflucht begehen, dauerhaft nicht ausbilden, soziale oder ökologische Standards missachten, dürfen keine öffentlichen Aufträge erhalten. Das muss auch für Subunternehmen gelten, damit die Regeln nicht über Umwege ausgehebelt werden.

Die Linke fordert:

- Öffentliche Aufträge nur an Unternehmen mit Tarifbindung, bestehenden Betriebs- bzw. Personalräten, Ausbildungsplätzen und Einhaltung ökologischer Standards – auch bei Subunternehmen.
- Zuschüsse und Aufträge so finanzieren, dass Tariflöhne und Tarifsteigerungen bezahlt werden können.
- Soziale Kriterien wie Gleichstellung, Anti-Diskriminierung und Familienfreundlichkeit bei Vergaben stärker berücksichtigen.

- Kontrolle und Sanktionierung bei Verstößen gegen Tariftreue und Arbeitsschutz verbessern.
- Beratungsstellen für Saisonkräfte und Wanderarbeiter*innen stärken.
- Einrichtung eines städtischen Boardinghouses für Wanderarbeiter*innen.

Aktive Arbeitsmarktpolitik, mehr Ausbildungsplätze und Weiterbildung

Wer erwerbslos ist, braucht Respekt und echte Perspektiven – keine Gängelung oder Drohkulissen. Statt Sanktionen und Zwangsmaßnahmen braucht es gute Beratung, Qualifizierung und sinnvolle Arbeit.

Besonders Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind – etwa Alleinerziehende, Langzeiterwerbslose, ältere Beschäftigte oder Menschen mit Sprachbarrieren – müssen gezielt unterstützt werden.

Die Anerkennung ausländischer Schul- und Berufsabschlüsse muss erleichtert und Beratungsangebote ausgebaut werden. Die Stadt Frankfurt muss sich dafür einsetzen, dass Arbeitsverbote für Geflüchtete aufgehoben und mehr Sprachkurse angeboten werden.

Frankfurt muss gute Bedingungen für Auszubildende schaffen, bei der Stadt und auch darüber hinaus. Für viele Auszubildende, die nicht bei ihren Eltern wohnen können, sind die Mieten in Frankfurt unbezahlbar. Hier muss die Stadt gegensteuern durch die Schaffung von Wohnheimen für Azubis.

Die Linke fordert:

- Mehr Personal im Jobcenter – für eine bessere Betreuung und individuelle Unterstützung.
- Keine Sanktionen und Zwangsmaßnahmen: Qualifizierung muss freiwillig und sinnvoll sein.
- Rückführung der Arbeitsvermittlung in öffentliche Hand – statt Leiharbeitsfirmen und Maßnahmenträgern.
- Gleichberechtigter Zugang von Frauen zu allen Fördermaßnahmen.
- Keine Datenweitergabe an Jobcenter durch Maßnahmenträger – Schutz der Privatsphäre.
- Mehr Weiterbildung und Umschulung mit anerkannten Abschlüssen – statt Ein-Euro-Jobs.
- Anerkennung ausländischer Abschlüsse erleichtern und Sprachkurse ausbauen.
- Mehr Azubi-Wohnheime mit bezahlbaren Mieten.

Sozial-ökologisches Investitionsprogramm zur Sanierung der Infrastruktur und zur Schaffung von Arbeitsplätzen

Ein kommunales Investitionsprogramm ist überfällig – für bessere Infrastruktur, gute Arbeit und eine sozial-ökologische Zukunft. Wer heute in Kitas, Schulen, Krankenhäuser und Nahverkehr investiert, stärkt den sozialen Zusammenhalt und schafft nachhaltige Beschäftigung.

Um die öffentliche Infrastruktur zu sanieren, um Arbeitsplätze zu schaffen und die regionale Wirtschaft durch Aufträge zu stärken, wollen wir ein städtisches Investitionsprogramm in Höhe von 400 Millionen Euro jährlich auflegen. Dadurch können 3.500 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und die öffentliche Infrastruktur saniert werden. Ein solches sozial-ökologisches Investitionsprogramm würde sich durch zusätzlich entstehende Einnahmen zu etwa einem Drittel selbst refinanzieren.

Die Linke fordert:

- Ein sozial-ökologisches Investitionsprogramm zum Bau und zur Sanierung von Kitas, Schulen, Brücken, Straßen und sozialem Wohnungsbau.

Rekommunalisierung statt Privatisierung

Die Stadtregierungen der letzten Jahrzehnte betrieben mit Verweis auf angeblich leere Kassen die Enteignung der Bürger*innen: Sozialwohnungen, Verkehrsbetriebe, Müllabfuhr, Stadtreinigung, Städtische Küchenbetriebe und vieles mehr wurden privatisiert oder ausgelagert. Die Folgen sind Arbeitsverdichtung und schlechtere Bedingungen für die Beschäftigten, steigende Preise und oftmals sinkende Qualität für die Bürger*innen. Wir sagen: Schluss damit! Aufgaben der Daseinsvorsorge müssen in öffentlicher Hand liegen.

Die Linke fordert:

- Keine Privatisierung von öffentlichen Betrieben, Einrichtungen und Aufgaben.
- Rückführung bereits privatisierter Unternehmen in die öffentliche Hand.
- Keine „Private Public Partnerships“ (PPP), bei denen die Allgemeinheit zahlt und Konzerne profitieren.

Förderung der regionalen Wirtschaft

In Frankfurt gibt es viele kleine und mittelständische Unternehmen, Handwerksbetriebe und Selbstständige, die sich um ihre Existenz sorgen müssen. Durch hohe Gewerbemieten, Ansiedlungen großer Märkte auf der grünen Wiese und Online-Shopping wird der wohnortnahe Einzelhandel in den Stadtteilen gefährdet, Wege werden weiter und eine Zunahme des Verkehrs wird gefördert. Wir stehen für eine Wirtschaftspolitik, die kleine und mittelständische Unternehmen sowie Solo-Selbstständige stärker in den Blick nimmt und fördert und eine nachhaltige Regionalentwicklung in enger Zusammenarbeit mit den umliegenden Kommunen voranbringt.

Die Linke fordert:

- Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken und wohnortnahes Arbeiten fördern.
- Die Nahversorgung in den Stadtteilen sichern und ausbauen.
- Kleine Einzelhändler*innen vor Verdrängung durch Ketten und überhöhte Mieten schützen. Nutzungssatzungen in Mischgebieten anpassen, um Gewerberaum zu erhalten und neu auszuweisen.
- Handwerkerhöfe realisieren, um so Arbeitsplätze im Handwerk zu schaffen.
- Einen Mietpreisdeckel – auch für kleine Gewerbe- und Ladenflächen.

Industriepolitik: Gute Industriearbeitsplätze sichern, Spekulation stoppen

Immer mehr Industriebetriebe ziehen sich aus Frankfurt zurück – nicht einmal jeder zehnte Arbeitsplatz liegt heute noch im produzierenden Bereich. Gleichzeitig geraten Industrieflächen zunehmend unter Druck: durch Immobilienspekulation, die Umwandlung in lukrative Büro- oder Gewerbeparks – und zunehmend auch durch Rechenzentren.

Die Linke sagt: Frankfurt braucht eine aktive Industriepolitik, die Flächen schützt, Beschäftigung sichert und ökologische Zukunftsperspektiven schafft – gemeinsam mit den Beschäftigten und den Gewerkschaften. Der Osthafen und andere Industriegebiete bieten große Chancen für klimafreundliche Logistik und regionale Wertschöpfung – wenn die Stadt sie entschlossen erhält und entwickelt.

Die Linke fordert:

- Die Verfolgung einer industriepolitischen Strategie, die die Beschäftigungssicherung in der Industrie ebenso in den Blick nimmt wie deren nachhaltige und umweltverträgliche Entwicklung.
- Die Industriepolitik darf nicht allein für Frankfurt, sondern muss für die gesamte Rhein-Main-Region entwickelt werden.
- Den Osthafen als Industriestandort erhalten und seine Potenziale für Logistik und Verkehrswende gezielt ausbauen.
- Sicherung der Transport- und Logistikwege für Produktionsunternehmen. Sanierung von Industriestraßen und Infrastrukturen in Industriegebieten beschleunigen.
- Eine kommunale Entwicklungsgesellschaft gründen, um Gewerbeflächen anzukaufen und nach sozialen und ökologischen Kriterien zu vergeben.

Rechenzentren: Digitale Infrastruktur in den Dienst des Gemeinwohls stellen

Frankfurt ist der größte Internetknoten Europas. Die extreme Dichte von Rechenzentren belastet die Stromnetze und erschwert die Energiewende. Der enorme Stromverbrauch der Rechenzentren – verstärkt durch energiehungrige KI-Anwendungen – führt zu einer Konkurrenz um Energiekapazitäten, die etwa für Wärmepumpen in Wohnhäusern benötigt werden. Das hemmt die Dekarbonisierung von Industrie und Wärmeversorgung und blockiert Fortschritte bei der klimaneutralen Stadtentwicklung.

Wir wollen eine digitale Infrastruktur, die dem Gemeinwohl dient – nicht der Profitmaximierung weniger Konzerne.

Die Linke fordert:

- Ein befristetes Moratorium für neue Rechenzentren und wesentliche Erweiterungen – Energiekapazitäten müssen vorrangig für Wärmewende und soziale Infrastruktur genutzt werden.
- Rechenzentren-Politik an Gemeinwohlkriterien ausrichten: Nur noch Ansiedlungen für öffentliche Verwaltung, Bildung und soziale Infrastruktur.
- Verpflichtende Abwärmenutzung und ausschließliche Versorgung mit erneuerbaren Energien.
- Demokratische Kontrolle durch verpflichtende Bürgerbeteiligung und öffentlich zugängliches Rechenzentrums-Kataster mit vollständiger Transparenz.
- Regionale Koordination im Rhein-Main-Gebiet zur Steuerung von Ansiedlungen und zur Vermeidung von Verdrängungseffekten.

„Faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen und Investitionen in öffentliche Infrastruktur“

Kapitel 3

Soziale Gerechtigkeit durchsetzen – **Armut** bekämpfen

Weniger als zehn Prozent Reiche und Superreiche verfügen über die Hälfte des Vermögens in Deutschland. Die Hälfte der Bevölkerung verfügt hingegen nur über circa ein Prozent. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird auch in Frankfurt immer größer und spaltet die Stadt.

In Frankfurt leben viele Menschen in Armut und am Rande des Existenzminimums.

Armut hat viele Gesichter: Rentner*innen, die sich im Winter zwischen Heizen oder Essen entscheiden müssen, weil ihre Rente nicht für beides reicht. Kinder, die ohne Frühstück in die Schule gehen müssen. Beschäftigte, die so schlecht bezahlt werden, dass sie von ihrem Lohn nicht leben können und aufstocken müssen. Langzeiterwerbslose, die immer geringere Chancen auf einen Arbeitsplatz haben. Wanderarbeiter*innen, die mit viel zu vielen Personen in Bruchbuden leben müssen und als Tagelöhner*innen für extrem wenig Geld arbeiten. Obdachlose, die weder über Wohnraum noch über adäquate medizinische und soziale Versorgung verfügen.

Fast 70.000 Menschen in Frankfurt haben Anspruch auf den Frankfurt-Pass, weil sie Sozialleistungen in Anspruch nehmen. Hinzu kommen immer mehr Beschäftigte, die in ungeschützter, prekärer Beschäftigung arbeiten. Viele Studierende und Azubis kommen kaum noch mit immer weiter steigenden Lebenshaltungskosten zurecht. Dieser sozialen Realität muss sich die zukünftige Stadtregierung stellen.

Es reicht nicht, Konzepte zu entwickeln und Lebenslagenkarten zu erstellen. Die nächste Stadtregierung darf sich mit der sozialen Spaltung und der zunehmenden Armut nicht zufriedengeben. Die gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben muss endlich im Mittelpunkt der Stadtpolitik stehen.

Die Linke fordert:

- Die Einkommensgrenzen für den Erhalt des „Frankfurt-Passes“ müssen weiter angehoben werden, damit noch mehr Menschen mit niedrigem Einkommen entlastet werden.
- Das Leistungsspektrum des „Frankfurt-Passes“ soll ausgebaut und von Seiten der Stadt alle Anspruchsberechtigten über diese Leistungen informiert werden.
- Das Bürgergeld ist und bleibt Armut und Schikane per Gesetz. Wir setzen uns für eine Abschaffung von Sanktionen im Rahmen des Bürgergeldes sowie die Einrichtung eines unabhängigen Beschwerdemechanismus für Leistungsbeziehende beim Jobcenter ein, um soziale Härten zu vermeiden und menschenwürdige Unterstützung sicherzustellen.
- Die soziale Trägerlandschaft in Frankfurt muss dauerhaft, verlässlich und ausreichend finanziert werden. Angebote für die Verletzlichsten unserer Gesellschaft wie in der Wohnungslosenhilfe oder der ambulanten und stationären Jugendhilfe dürfen nicht verhandelbar und von der Haushaltslage abhängig sein. Insbesondere Frauenhäuser und Beratungsstellen für Opfer von häuslicher Gewalt müssen finanziell besser ausgestattet werden.
- Gemeinnützige Vereine, die wichtige soziale und Integrationsaufgaben erfüllen, sind auskömmlich zu fördern.
- Jeder Stadtteil braucht ein Quartiersmanagement. Das Programm „Aktive Nachbarschaft“ muss ausgebaut werden, die Quartiersmanagements ausreichend finanziert werden, um Personal und Programmbedarfe stemmen zu können.
- Soziales Netz knüpfen und Nachbarschaft stärken! Ein lebendiges, solidarisches Miteinander ist die Grundlage für ein gutes Zusammenleben. Wir wollen lokale Initiativen fördern, Nachbarschaftshilfen stärken und den Dialog zwischen allen Akteuren im Viertel intensivieren. Hierfür wollen wir Fördertöpfe zur Verfügung stellen, etwa für soziale Projekte wie Nachbarschaftszentren im Bahnhofsviertel.
- Eine kommunale Unterkunft für Wanderarbeiter*innen, damit EU-Ausländer*innen niedrigschwellig und günstig ein Zimmer mieten und sich versorgen können und nicht länger der Obdachlosigkeit oder ausbeuterischen Vermieter*innen ausgeliefert sind.

Gutes Essen für Alle

Gute Ernährung ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Gutes Essen darf kein Luxus sein. Die Linke will, dass bezahlbares, gesundes und nachhaltiges Essen für alle garantiert ist.

Die Linke fordert:

- Öffentliche Kantinen, Kitas und Schulen mit guten und kostengünstigen Mahlzeiten zu versorgen. Dabei sollen qualitativ hochwertige Lebensmittel in städtischen Einrichtungen und Kantinen verwendet, der Anteil biologischer, saisonaler und regionaler bzw. fair gehandelter Lebensmittel erhöht werden.
- Bund und Land in die Pflicht zu nehmen, um das Mittagessen in den Bildungseinrichtungen unentgeltlich anzubieten.
- Stadtteilküchen in jedem Stadtteil! Wir setzen uns ein für die Einrichtung öffentlicher kommunaler Kantinen, in denen gesundes und nachhaltiges Essen zu günstigen Preisen angeboten wird.
- „Grüne Karte“ bekannter machen: Die Rabattkarte, die einkommensschwachen Senior*innen vergünstigte Mittagstische ermöglicht, soll Anspruchsberechtigten automatisch zugesandt werden.

Kapitel 4

Für eine **nachhaltige** und **soziale Mobilität**

Mobilität ist Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Doch in Frankfurt ist sie weder gerecht noch klimafreundlich organisiert. Noch immer dominiert das Auto große Teile des öffentlichen Raums, während viele Menschen unter Lärm, Abgasen und hohen Kosten des ÖPNV leiden.

Wir wollen Mobilitätsarmut bekämpfen! Niemand darf wegen Einkommen, Alter, Geschlecht, Gesundheitszustand oder Wohnort abgehängt werden. Benachteiligte Quartiere brauchen eine ebenso gute Anbindung wie die Innenstadt. Darum hat der Ausbau des ÖPNV in der Fläche Vorrang – mit dichteren Takten, verlässlichen Verbindungen und guter Erreichbarkeit bis in alle Stadtteile.

Gleichzeitig wächst Frankfurt, und mit dem Wachstum steigen die Anforderungen an ein zukunftsfähiges Verkehrssystem. Die gute Nachricht: Immer mehr Menschen steigen bereits heute auf Bus und Bahn, Fahrrad oder den Fußweg um. Diese Entwicklung wollen wir gezielt fördern – für eine Stadt, in der alle sicher, bezahlbar und klimafreundlich mobil sein können. Die Linke kämpft für eine sozial-ökologische Verkehrswende, die Alternativen zum Auto ausbaut, Barrieren abbaut und den öffentlichen Raum neu verteilt. Mobilität muss ein Recht für alle sein – unabhängig vom Geldbeutel. Und unterwegs zu sein muss für alle sicher sein: Wir wollen die „Vision Zero“, ein Frankfurt ohne Verkehrstote.

Die notwendigen Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen von Verkehrsinfrastruktur im Regionalbereich und in der Fläche müssen Vorrang haben vor Großprojekten wie z. B. dem Autobahnausbau der A 5. Sonst drohen den dringenden und relativ schnell realisierbaren Projekten „in der Fläche“ nicht nur benötigte finanzielle Mittel entzogen zu werden, sondern vor allem auch Ressourcen in Form von Planungskapazitäten und Baupersonal.

Stadt der kurzen Wege: Fußverkehr in den Mittelpunkt stellen

Der öffentliche Raum muss so gestaltet werden, dass jeder Mensch sich angstfrei ohne Einschränkungen zu Fuß bewegen kann. Fußwege, Fußgängerzonen und Grünanlagen sind Orte der Begegnung, zum Flanieren, Spielen und Verweilen. Zu schmale Gehwege, fehlende Querungen oder Falschparker schränken viele Menschen ein, besonders Kinder, Ältere und Menschen mit Behinderung. Die Linke will die Stadt der kurzen Wege möglich machen: mit sicheren, barrierefreien und attraktiven Wegen für alle. Grundsätzlich gilt für den gesamten städtischen Verkehr, dass die jeweils schwächeren Teilnehmer*innen und ihre Sicherheit Vorrang vor den stärkeren haben.

Die Linke fordert:

- Durchgehende, sichere und barrierefreie Gehwegenetze in allen Stadtteilen – konsequent getrennt vom Radverkehr.
- Sichere Schulwege mit Querungshilfen und sicheren Kreuzungen.
- Mehr Fußgängerzonen und verkehrsberuhigte Bereiche – auch außerhalb der Innenstadt.
- Wochenmärkte wie u.a. der Höchster Markt sind grundsätzlich während der Marktzeiten vom PKW-Verkehr freizuhalten, Anlieferverkehr und Parkverkehr für mobilitätseingeschränkte Personen ausgenommen.
- Freie Gehwege schaffen: Erlaubtes Gehwegparken zurücknehmen, Falschparker konsequent kontrollieren, Parkplätze für Außengastronomie nutzen.
- Sichere Wege entlang von Baustellen – bestehende Vorgaben konsequent durchsetzen.

„Mobilität muss ein Recht für alle sein – unabhängig vom Geldbeutel.“

- Fußverkehrsbeauftragte müssen auf Augenhöhe mit den Vertretern der Belange anderer Verkehrsarten agieren und mitentscheiden können. Dazu bedarf es eines Budgets, eines Teams und eines Einspruchsrechtes bei städtischen Verkehrsplanungen.
- Mehr Vorrang für Fußverkehr: Mehr Zebrastreifen, schnellere Grünschaltung an Fußgängerampeln.

Radverkehr weiter stärken

In den letzten Jahren haben sich die Bedingungen für den Radverkehr in Frankfurt deutlich verbessert: mehr und breitere Radspuren, Fahrradstraßen und mehr Abstellmöglichkeiten. Diese Entwicklung ist auch Initiativen wie dem Radentscheid zu verdanken, die Druck auf die Stadtregierung gemacht und konkrete Verbesserungen vorgeschlagen haben. Die „Fahrradstadt Frankfurt" ist auf dem richtigen Weg, doch für die Umsetzung sind noch viele Schritte notwendig.

Die Linke fordert:

- Eine konsequente Umsetzung des Beschlusses „Fahrradstadt Frankfurt". Lückenschluss im Radwegenetz mit besonderem Fokus auf Hauptstraßen, Engstellen und Außenbezirke.
- Sichere Radinfrastruktur für alle: kinderfreundlich, seniorengerecht, auch an Kreuzungen und Schulwegen.
- Ausbau von Radschnellwegen für Pendler*innen und Freizeitverkehr.
- Die Benutzungspflicht für auf dem Bürgersteig geführte Radwege ist grundsätzlich aufzuheben.
- Sichere, gut erreichbare Fahrradabstellplätze – auch für E-Bikes – im gesamten Stadtgebiet.
- Fahrradstationen oder Fahrradparkhäuser an Verkehrsknoten mit Verleih, Reparaturservice und Ladestationen, ggf. auch durch die Umnutzung von Auto-Parkhäusern.
- Ausstattung von Wohngebäuden mit barrierefreien Fahrradstellplätzen: Verpflichtung der ABG zur Nachrüstung bis 2030, Beratungs- und Förderprogramme für andere Vermieter*innen.
- Schulwegsicherheit: Wir setzen uns für mehr Schulstraßen und sichere Wege zu Fuß und mit dem Fahrrad ein und unterstützen die Initiative Bicibus (begleitetes Radfahren): Bicibus statt Elterntaxi!
- Ausbau von Sharing-Angeboten wie Main-Lastenrad; dauerhafte Förderung durch die Stadt.
- Ein Social-Leasing-Programm für Fahrräder soll Haushalte unterstützen, für die der Kauf und der Unterhalt eines Fahrrads bisher zu teuer ist.
- Die Lizenzen für profitorientierte Fahrrad- und E-Scooter-Verleihunternehmen sind einzuschränken und deren bestehende Lizenzbedingungen zu veröffentlichen. Besonders für E-Scooter ist Geo-Tracking zur Parkkontrolle und zur Drosselung der E-Scooter-Geschwindigkeit in Fußgängerbereichen zwingend notwendig.

Bus und Bahn für Alle!

Ein starker ÖPNV ist das Rückgrat der Verkehrswende. Viele Frankfurter*innen nutzen ihn bereits – doch überfüllte Fahrzeuge, gekürzte Fahrpläne, fehlendes Personal und hohe Fahrpreise machen ihn für viele unattraktiv oder unerschwinglich. Die Linke will Bus und Bahn ausbauen, Beschäftigte besserstellen, Ticketpreise senken – mit dem Ziel Nulltarif – und alle Haltestellen barrierefrei gestalten. Denn nur ein gut ausgebauter ÖPNV bringt Menschen wirklich zum Umsteigen.

Die Linke fordert:

- Rücknahme der Fahrplankürzungen und Ausbau des Angebots.
- Zügiger Netzausbau unter anderem durch Integration aller Stadtbezirke mittels eines Ringlinien-Gesamtkonzeptes in die bestehende Verkehrsinfrastruktur und Sanierung der Umsteigestationen.
- Bessere Arbeitsbedingungen und Ausbildungsoffensive gegen den Fachkräftemangel.
- Barrierefreie Gestaltung aller Haltestellen und Fahrzeuge, insbesondere auch bei der S-Bahn. Monitoringsystem zum beschleunigten Ausbau der Barrierefreiheit einführen.
- Sanierung der Tunnelstationen und Aufwertung aller Haltestellen, etwa mit mehr Sitzplätzen.
- Direktvergabe an die VGF unter Einhaltung von Tarif- und Umweltstandards. Busverkehr rekommunalisieren.
- Vorrang für Busse und Bahnen durch eigene Spuren und Ampelschaltungen.
- Intermodale Mobilität fördern – mit Fahrradmitnahme und Mobilitätsstationen.
- Zügige Fertigstellung aller bereits geplanten Schienenprojekte, einschließlich einem umweltverträglichen Lückenschluss der U4 über den Campus Westend. Planungen wie die Regionaltangente Ost, die U5 zum Frankfurter Berg und die Ringstraßenbahn wollen wir zügig vorantreiben.
- Die Planungen für einen Fernbahntunnel durch den Bund müssen kritisch begleitet werden. Ziel muss es sein, mehr Kapazität für den Regionalverkehr zu schaffen.

Mobilitätsarmut bekämpfen: Schritt für Schritt zum Nulltarif

Mobilität darf nicht am Fahrpreis scheitern. Fahrkarten sind weiterhin viel zu teuer – besonders für Menschen mit geringem Einkommen. Die Linke hat als Ziel den Nulltarif: solidarisch finanziert, klimafreundlich und für alle zugänglich.

Der Nulltarif kann durch zusätzliche Steuermittel für den ÖPNV sowie eine Nahverkehrsabgabe der Unternehmen finanziert werden. Bis dahin setzen wir uns für deutlich gesenkte Fahrpreise ein.

Auf Antrag der Linken hat Frankfurt sich im September 2025 dazu entschieden, niemanden mehr fürs Fahren ohne Ticket ins Gefängnis zu schicken.

Die Linke fordert:

- Preisstabilität und langfristig Preissenkungen beim Deutschlandticket. Das On-demand-Angebot KNUT muss zuschlagfrei integriert werden.
- Kostenlose Tickets für Schüler*innen, Azubis, Erwerbslose und Senior*innen.
- Die Fahrscheinpreise in Frankfurt gehören zu den teuersten in Deutschland. Wenn der Einzelfahrschein 3,80 Euro kostet, ist die Nutzung für gelegentliche Fahrten unattraktiv. Hier müssen die Preise gesenkt werden. Die Preissprünge an den Tarifzonengrenzen (z.B. Frankfurt – Offenbach 5,50 Euro) sind viel zu hoch und für eine Metropolregion nicht zeitgemäß, sie gehören angepasst.
- Fahren ohne Fahrschein vollständig entkriminalisieren: In Frankfurt soll das Fahren ohne Fahrschein nicht mehr per Strafanzeige verfolgt werden, auch in S- und Regional-Bahnen.
- Die Entwicklung eines Konzepts zur Umsetzung des Nulltarifs, um die Finanzierung des ÖPNV langfristig neu aufzustellen und eine fahrscheinlose Nutzung zu ermöglichen.

Lebenswerte statt autogerechte Stadt

Der motorisierte Individualverkehr beansprucht in Frankfurt viel zu viel Raum – für Parkplätze, Fahrspuren, er verursacht Lärm, Feinstaub und Schadstoffe. Dabei besitzen viele Menschen in der Stadt gar kein eigenes Auto: Gerade einkommensschwächere Haushalte sind auf andere Verkehrsformen angewiesen, leiden aber überdurchschnittlich unter den negativen Folgen des Autoverkehrs. Technische Lösungen wie elektrische oder autonome Fahrzeuge reichen nicht aus, wenn die Stadt weiter für das Auto geplant wird. Die Linke will den öffentlichen Raum neu verteilen, den Autoverkehr deutlich reduzieren und zugleich sicherstellen, dass Versorgung und Dienstleistungen – etwa durch Pflegedienste, Handwerker und Lieferverkehr – zuverlässig und umweltfreundlich erfolgen können. Möglich wird das durch kluge Stadtplanung, konsequente Verkehrsberuhigung und attraktive Alternativen. Unser Ziel ist eine lebenswerte Stadt für alle – leiser, grüner, sicherer und gerechter.

Die Linke fordert:

- Mehr Platz für Menschen: Verkehrsberuhigte Wohnviertel und Ausbau von Superblocks.
- Mehr Möglichkeiten zum Verweilen, Orte der kollektiven Begegnungen und des Austausches ohne Konsumzwang.
- Die Innenstadt schrittweise weitgehend autofrei machen: Fußgängerzonen ausweiten, Straßenparkplätze reduzieren zugunsten von Außengastronomie, Bäumen, Spielplätzen und Anlieferzonen.
- Mehr Sicherheit, weniger Lärm: Tempo 30 stadtweit und Tempo 80 auf den stadtnahen Autobahnen.
- Priorität auf Sicherheit: Konfliktträchtige Ampelschaltungen entschärfen, ungesicherte Rechtsabbiegespuren abschaffen.
- Flächendeckende Parkraumbewirtschaftung unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von Bewohner*innen, Lieferverkehr und Schwerbehinderten. Stärkere Verkehrsüberwachung und entschlossene Ahndung von Falschparken, insbesondere auf Geh- und Radwegen.
- Mehr Park-and-Ride-Anlagen insbesondere an den Endzonen der S-Bahnen schaffen und, wo erforderlich, bestehende erweitern. Das Park-Ticket wird als ÖPNV-Fahrschein anerkannt.
- Autobahnausbau im Stadtgebiet stoppen! Jeder Autobahnausbau sorgt für mehr induzierten Autoverkehr, im Fall der A5 vor allem aus dem direkten Umland von Frankfurt. Diesen Mehrverkehr kann Frankfurt nicht aufnehmen. Bestandsstrecken brauchen zeitgemäßen Lärmschutz, wo nötig mit Einhausungen. Der Miquelknoten soll zurückgebaut und die Fläche nachhaltig umgenutzt werden.
- Mehr attraktive Rad- und Fußverbindungen schaffen: Erhalt und Umnutzung der Deutschherrenbrücke als begrünte Fahrrad- und Fußverkehrsverbindung.
- Anreize schaffen, damit Menschen kleine Fahrzeuge nutzen, z.B. durch gestaffelte Parkgebühren, Parkplätze für Kleinwagen, Verbote für SUVs in der Innenstadt und engen Straßen.
- Stationsgebundenes Carsharing flächendeckend ausbauen.
- Den Lieferverkehr umorganisieren (z.B. Lastenräder, Mikrodepots) und emissionsarm betreiben. Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge (z.B. Taxis, Handwerker) erweitern.
- Elektrifizierung unvermeidlichen Kfz-Verkehrs fördern, angefangen bei den städtischen Fahrzeugen.
- Einführung eines autofreien Sonntages jeweils am dritten Sonntag im September, wie in zahlreichen anderen europäischen Städten.

Taxis sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge - Uber und Co zurückdrängen!

Taxis gehören aus gutem Grund zum öffentlichen Verkehrsangebot: Sie bringen Menschen sicher nach Hause, bieten barrierefreie Mobilität, sind rund um die Uhr im Einsatz. Doch dieses verlässliche System ist bedroht. Plattformanbieter wie Uber drücken mit einem aggressiven Dumpingpreismodell in den Markt, lassen Subunternehmer fahren, ohne Verantwortung zu übernehmen und unterlaufen oft geltendes Recht. Viele Fahrer*innen sind scheinselbstständig, schlecht abgesichert und müssen einen großen Teil ihrer Einnahmen als Provision abgeben. Während Taxis kontrolliert und geregelt fahren, fehlt es bei Uber und Co. an wirksamer Kontrolle. Damit darf Frankfurt sich nicht abfinden!

„Kluge Stadtplanung, konsequente Verkehrsberuhigung und attraktive Alternativen“

Die Stadt muss den Wettbewerb wieder fair machen – und das Taxigewerbe stärken.

Die Linke fordert:

- Mindestpreise für Mietwagenverkehre, um Sozialdumping durch Uber zu unterbinden – wie in Leipzig erfolgreich vorgemacht.
- Stärkere Kontrolle der Rückkehrpflicht und ein Ende der Umgehung gesetzlicher Vorschriften durch Plattformanbieter.
- Konsequente Überwachung von Mindeststandards in der Personenbeförderung bei Arbeitsbedingungen und Qualifikation.
- Regelmäßige Nachweispflichten für Mietwagenunternehmen zu Arbeitszeiten, Sozialversicherung und Betriebssitz.
- Gezielte Förderung des Taxigewerbes bei der Umstellung auf emissionsfreie Antriebe.

Kein weiteres Wachstum des Flughafens – Luftverkehr reduzieren

Der Frankfurter Flughafen ist Deutschlands größter Flughafen. Er bieten viele Arbeitsplätze. Sein Betrieb erzeugt aber auch Lärm und klima- und gesundheitsschädliche Emissionen in erheblichem Ausmaß. Durch den Bau von Nordwestlandebahn und Terminal 3 soll die Kapazität auf mehr als 700.000 Flugbewegungen jährlich steigen – auf Kosten von Klima, Gesundheit und Lebensqualität. Der Luftverkehr ist die klimaschädlichste Verkehrsform, daher darf es kein weiteres Wachstum geben. Fluglärm, Feinstaub und Ultrafeinstaub belasten die Menschen in der Region massiv. Besonders betroffen sind Menschen in den Einflugschneisen. Das ist wissenschaftlich nachgewiesen.

Bürgerinitiativen, Kommunen und die Fluglärmkommission kritisieren Fraport für ein neues Betriebskonzept, das ohne Einbindung der zuständigen Gremien erarbeitet wurde und möglicherweise gegen bestehende Auflagen verstößt. Doch nicht nur Umwelt und Anwohner*innen leiden – auch viele Beschäftigte am Flughafen arbeiten unter prekären Bedingungen. Subunternehmen, niedrige Löhne und fehlende Tarifbindung sind für viele Alltag. Das oft beschworene Wohlstandsversprechen erfüllt sich für sie nicht. Wir sagen klar: Öffentliche Mittel dürfen nicht in den klima- und umweltschädlichen Ausbau fließen. Die Stadt muss sich für die Reduzierung von Starts und Landungen, besseren Gesundheitsschutz und faire Arbeitsbedingungen einsetzen.

Die Linke fordert:

- Begrenzung der Flugbewegungen auf 380.000 jährlich.
- Verlagerung aller Kurzstreckenflüge unter 500 km auf die Schiene.
- Ein konsequentes Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr.
- Einrichtung eines städtischen Gesundheitsmonitorings für besonders betroffene Stadtteile.
- Entschädigung der Anwohner*innen bei Lärmbelastung.
- Tarifliche Bezahlung aller am Flughafen Beschäftigten.
- Wirksame Maßnahmen gegen Outsourcing und Lohndumping.
- Die Stadt Frankfurt muss sich in allen Gremien von Fraport und in allen Gremien, den Luftverkehr betreffend, für Fluglärmschutz, Nachtflugverbot, Klimaschutz und gute Arbeit einsetzen.

Kapitel 5

Klimagerechtigkeit in Frankfurt erkämpfen

Die Folgen des weltweiten Klimawandels sind bereits sichtbar. Der Stadtwald leidet, extreme Wetterereignisse wie Hitzewellen, Starkregen und Stürme nehmen zu. Ernteausfälle durch Dürren bedrohen die Landwirtschaft. Auch in Frankfurt zeigt sich die ökologische Krise durch Feinstaub, Artenverlust und sommerliche Hitze. Besonders betroffen sind Menschen mit geringem Einkommen.

Verantwortlich ist ein auf Profit und Wachstum ausgerichtetes Wirtschaftssystem, das Mensch und Natur ausbeutet. Deshalb braucht es eine grundlegende sozial-ökologische Transformation – auch vor Ort. Dazu gehören ökologische Stadtwerke, klimagerechte Stadtentwicklung, der Schutz von Grünflächen, Gewässern und Biodiversität. Zudem braucht es saubere Luft, eine nachhaltige Trinkwasserversorgung und Lärmschutz.

Kommunale Klimapolitik darf nicht auf später verschoben werden. Die Linke will, dass sofort und konsequent Maßnahmen ergriffen werden, um die Klimaziele zu erreichen und so schnell wie möglich klimaneutral zu werden. Klimagerechtigkeit muss sich in allen Politikbereichen widerspiegeln. Gleichzeitig braucht es heute schon Maßnahmen zur Anpassung an die Klimaveränderungen.

Verbindliche Strukturen für Klimaschutz und Klimaanpassung schaffen

Klimagerechtigkeit muss kommunale Entscheidungen auf allen Ebenen leiten – von der Stadtentwicklung bis zur Haushaltsplanung. Trotz aller Klimaschutzbemühungen sind mehr Hitzewellen und Unwetter zu erwarten. Frankfurt muss sich frühzeitig darauf einstellen – ökologisch konsequent und sozial gerecht.

Die Linke fordert:

- Einen Klimarahmenplan, auf dessen Grundlage alle künftigen kommunalen Vorhaben bereits im Planungsprozess auf ihre Klimawirkung geprüft und ggf. überarbeitet werden müssen (Klimavorbehalt).
- Deutlich mehr Ressourcen und Kompetenzen für die konsequente Umsetzung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen.
- Einen dauerhaft im Haushalt verankerten Klimaschutzfonds mit ausreichender Finanzierung, ohne Kompensationsfunktion für klimaschädliche Maßnahmen.
- Solaranlagen auf allen geeigneten Dächern und Solardachpflicht für Neubauten.
- Aufstockung des Klimabonus für Solaranlagen, Speicher und Ladeinfrastruktur.
- Keine Beschränkungen für Balkonsolaranlagen durch die ABG.
- Anpassung des Modernisierungsbonus: höhere Fördersumme für energetische Sanierungen, Begrenzung von Mietsteigerungen, keine Luxusmodernisierungen.
- Alle zehn Minuten Fußentfernung einen Klimaschutzraum: öffentliche Gebäude als Kühlzonen während Hitzewellen bereitstellen.
- Insbesondere Sozial- und Seniorenwohnungen müssen hitzefest gemacht werden. Hierzu soll die Stadt gezielte Förderungen anstoßen.

Wärmewende ökologisch, sozial und in Bürger*innenhand!

Die Kommunale Wärmeplanung muss bis Mitte 2026 aufzeigen, wie Frankfurts Wärmeversorgung nachhaltig klimafreundlich umgestellt werden wird. Dabei spielt die Mainova als Betreiberin des Fernwärmenetzes eine Schlüsselrolle. Zwar ist sie mehrheitlich in städtischem Besitz, doch als Aktiengesellschaft ist sie eine auf wirtschaftlichen Gewinn orientierte Kapitalgesellschaft, direkter demokratischer Kontrolle entzogen und ist nicht dem Gemeinwohl verpflichtet. Besonders alarmierend ist der massive Anstieg der Fernwärmepreise – trotz öffentlicher Beteiligung. Eine sozial gerechte Wärmewende braucht bezahlbare Tarife, eine konsequente Förderung erneuerbarer Energien und Sanierungen, die Mieter*innen entlasten statt belasten. Die Wärmeversorgung gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge und muss solidarisch, ökologisch und transparent organisiert werden.

Die Linke fordert:

- Keine Sperren von Strom, Gas, Wasser und Fernwärme.
- Im Mai 2025 wurde bekannt, dass die Mainova die Preise für Fernwärme zwischen 25 und 36 Prozent erhöhen wird. Diese exorbitante Preiserhöhung muss zurückgenommen werden. Wir fordern: transparent gestaltete Preise für Energie und Wärme sowie ein kostengünstiges Grundkontingent.
- Eine transparente kommunale Wärmeplanung mit Bürger*innenbeteiligung, etwa über einen Wärmerat.
- Umwandlung der Mainova zu einem gemeinwohlorientierten Eigenbetrieb der Stadt.
- Kurswechsel bei der Mainova hin zu den Erneuerbaren Energien: raus aus den Gas-Lobbyverbänden, planungssicherer Gas-Ausstieg und keine Fernwärme auf Wasserstoffbasis.
- Fernwärmeinfrastruktur rasch ausbauen: Großwärmepumpen vorantreiben, Umgebungs- und Abwärme sowie Wärmespeicher nutzen und das Dampfnetz bis 2030 auf Heißwasser umstellen.
- Vorrang für Strom zur Wärmewende – nicht für Rechenzentren!
- Energetische Sanierung sozial gerecht beschleunigen: Städtische Gebäude als Vorreiter, Quartierslösungen nutzen, einkommensarme Haushalte unterstützen, Warmmietenneutralität gewährleisten.

Stadtnatur im Klimawandel

Klimakrise, Artensterben und Flächenversiegelung verstärken sich gegenseitig – auch in Frankfurt. Geschädigte Wälder, belastete Gewässer und zunehmender Nutzungsdruck in immer heißeren Sommern zeigen den dringenden Handlungsbedarf. Grünflächen sind das Rückgrat einer klimaresilienten Stadt: Sie kühlen, verbessern die Luft, fördern die Biodiversität. Menschen mit wenig Einkommen sind oft stärker von Umweltbelastungen betroffen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Naturräume im ganzen Stadtgebiet zu erhalten und, wo dem nicht der Naturschutz im Wege steht, zugänglich zu machen – für eine lebenswerte Stadt für alle.

Die Linke fordert:

- Stadtweit mehr „grüne Inseln“ als Rückzugsorte, zusätzliche Trinkwasserbrunnen, Erhalt von Frischluftschneisen und eine städtische Grünstrategie für saubere Luft und Abkühlung.
- Flächen systematisch entsiegeln, Nachverdichtung von Gebäuden in Grünflächen verhindern und den Grüngürtel zum Biotopverbund ausbauen.
- Der Rebstockpark soll dem Zugriff der Messe als Parkfläche entzogen und ökologisch weiterentwickelt werden.
- Arten- und Biotopschutzkonzepte konsequent umsetzen, Flüsse und Bäche weiter renaturieren.
- Stadtplanung an den Klimawandel anpassen: Schwammstadtkonzepte auch im Bestand, Brauchwassernutzung bei Neubauten, Versiegelungen vor Ort ausgleichen.
- Mehr Personal und finanzielle Mittel für die Grünflächenpflege.
- Stadtwald klimastabil aufbauen mit stärkerem Baumschutz und Pflanzung klimaresistenter Arten – vorrangig mit Brauchwasser bewässert.
- Wasserressourcen schützen: Kläranlagen mit weiteren Reinigungsstufen ausbauen, Brauchwasser für Gewerbe, Landwirtschaft und Bewässerung nutzen, in Neubauten Brauch- und Trinkwasser trennen.

Nachhaltige Landwirtschaft – gute Nahrungsmittel

Gute und gesunde Lebensmittel, Umwelt- und Klimaschutz, den Erhalt der Artenvielfalt – es gibt viele Argumente für eine ökologische Landwirtschaft. Wir wollen den lokalen und regionalen Anbau und Bezug von Nahrungsmitteln gezielt stärken. Eine Agrarwende hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft in und um Frankfurt ist überfällig! Öffentliche Kantinen und Schulen wollen wir mit guten und kostengünstigen Mahlzeiten versorgen. Durch den Bezug nachhaltig produzierter Lebensmittel in öffentlichen Einrichtungen kann die Stadt Frankfurt einen wichtigen Beitrag zu guter Ernährung und ökologischer Landwirtschaft leisten.

Die Linke fordert:

- Einen Aktionsplan „Essbares Frankfurt“, um über lokale gemeinschaftliche Lebensmittelerzeugung einen Beitrag zu Klimaschutz, Gesundheit und Ernährungsgerechtigkeit zu schaffen.
- Ein Programm nach Berliner Vorbild zur Unterstützung von Gemeinschaftsgärten – inklusive Bereitstellung geeigneter städtischer Flächen.
- Gezielte Förderung der ökologischen Landwirtschaft.
- Die Einrichtung eines „Food Hubs“ für die Lagerung, Verarbeitung und Verteilung lokaler und regional produzierter Lebensmittel, auch als Bildungs- und Begegnungsort.
- Die Stadt Frankfurt soll bis spätestens 2030 pestizidfrei sein.

Müll vermeiden, Recycling fördern, Umweltbildung ausweiten

Die kapitalistische Wegwerfgesellschaft produziert riesige Müllberge. Diese Produktionsweise ist ein globales ökologisches Problem. Viele Produkte werden bewusst so geplant, dass sie nach kurzer Zeit kaputtgehen und nur schwierig oder gar nicht zu reparieren sind. So soll der Konsum neuer Waren angekurbelt werden. Die enorme Müllproduktion zerstört unseren Planeten, gefährdet alle Lebewesen und geht in die Nahrungskette ein. Eine sozial-ökologische Politik muss deshalb auf Müllvermeidung, Wiederverwendung und Recycling setzen. Die Stadt muss mit gutem Beispiel vorangehen sowie klare Regeln für die Privatwirtschaft schaffen.

Umweltbildung ist entscheidend für den Naturschutz: Wer früh ökologische Zusammenhänge versteht, schützt auch später die natürlichen Lebensgrundlagen. Deshalb wollen wir Umweltbildungsprojekte in Frankfurt fördern und ausweiten.

Die Linke fordert:

- Eine Strategie zur Kreislaufwirtschaft.
- Ressourcenschonung und Langlebigkeit als Kriterien der städtischen Beschaffung.
- Eine Strategie zur Verringerung der Lebensmittelverschwendung in öffentlichen Einrichtungen und Haushalten.
- Unterstützung für Repair-Cafés, Tauschbörsen, Unverpacktläden und ähnliche Initiativen.
- Umweltbildung fördern und ausweiten, um das Bewusstsein für Natur- und Artenschutz zu stärken.

Kapitel 6

Gesunde Stadt

Das Gesundheitssystem muss Menschen gesund machen und nicht Investor*innen reich. Eine gute Gesundheitsversorgung für alle ist eine Verteilungsfrage. Das Gesundheitssystem muss an sozialen und medizinischen Kriterien ausgerichtet werden und nicht länger am Profitinteresse von Konzernen und am Geldbeutel der Patient*innen.

Die Linke engagiert sich für eine Gesundheitsversorgung in öffentlicher Hand und ein Ende der Zwei-Klassen-Medizin. Wir wollen eine Bürgerversicherung einführen, in die alle einzahlen. Denn nur wenn sich alle Menschen, die in Deutschland leben, an der Finanzierung eines gemeinsamen Gesundheitssystem beteiligen, kann ein freier Zugang zu einer umfassenden Gesundheitsversorgung gewährleistet werden.

Die Linke lehnt die Privatisierung von Krankenhäusern generell ab. Die Gewinne in diesem Bereich gehen auf Kosten der Beschäftigten und der Patient*innen. Die Stadt muss Verantwortung übernehmen für eine gute Gesundheitsversorgung – zu der jede*r Zugang hat, unabhängig davon, ob und wie man krankenversichert ist, wo man wohnt oder was man im Geldbeutel hat.

Die Linke steht an der Seite der Beschäftigten und unterstützt die Forderung nach einer Personalbemessung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, die sich am tatsächlichen Bedarf der Patient*innen und Pflegebedürftigen orientiert. Wir setzen uns dafür ein, dass die Fallpauschalen endlich vollständig abgeschafft werden.

Die Krankenhausreform darf nicht dazu führen, dass Krankenhäuser in die Insolvenz gehen müssen. Die Krankenhausplanung und der Umbau von Versorgungsstrukturen müssen sich an den tatsächlichen Bedarfen orientieren und nicht an Einsparerwägungen. Wir wollen, dass Veränderungen gemeinsam mit den Menschen in Frankfurt und den umliegenden Kommunen geplant werden.

Ambulante medizinische Versorgung in Frankfurt

Es braucht eine flächendeckende ambulante ärztliche Versorgung in allen Stadtteilen Frankfurts. Während sich die meisten kassenärztlichen Niederlassungen im Bereich der Innenstadt und innenstadtnahen Stadtteile befinden, nimmt in den äußeren Stadtteilen die Versorgungsdichte immer weiter ab.

Für Termine bei Fachärzt*innen sind die Wartezeiten lang. Für die Patient*innen bedeutet dies Kosten und Zeitaufwand für Arztbesuche, was gerade ältere, ärmere und beeinträchtigte Menschen vor Probleme stellt. Hinzu kommt, dass Praxen nur selten barrierefrei zugänglich sind.

Die Linke fordert:

- Alle Frankfurter*innen müssen einen wohnortnahen und unmittelbaren Zugang zu Haus- und Kinderärzt*innen haben, und zwar unabhängig von der Art der Krankenversicherung.
- Einrichtung von Gesundheitskiosken als niedrigschwellige Einrichtung, die die Menschen vor Ort in der jeweiligen Muttersprache bei Gesundheits- und Versorgungsfragen berät und schult.
- Die Stadt führt Verhandlungen mit der Kassenärztlichen Vereinigung mit dem Ziel, Kassenarztsitze zu erhalten. In den unterversorgten Stadtteilen sollen kommunale Medizinische Versorgungszentren gegründet werden, in denen Haus- und Kinderärzt*innen gemeinsam mit sozialer und psychologischer Beratung unter einem Dach agieren (z.B. nach dem Vorbild der Poliklinik im Hamburger Stadtteil Veddel).
- Die Stadt legt ein Förderprogramm auf, nicht-barrierefreie Praxen bei behindertengerechten Umbaumaßnahmen zu unterstützen.

„Das Gesundheitssystem muss Menschen gesund machen und nicht Investor*innen reich.“

- Die Humanitäre Sprechstunde im Gesundheitsamt, die Menschen ohne oder mit ungeklärtem Krankenversicherungsstatus ambulant untersucht und behandelt, muss dringend verlässlich finanziert, ausgebaut und besser beworben werden. Die Stadt muss ein tragfähiges Konzept entwickeln, wie ggf. notwendige stationäre Versorgung gewährleistet werden kann.
- Die verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung der medizinischen Versorgung von Wohnungslosen (Elisabeth-Straßenambulanz).
- Der psychiatrische Krisendienst in Frankfurt am Main muss ausgebaut werden.
- Die Stadt soll niedrigschwellige Beratungsstellen für Personen mit seltenen Erkrankungen schaffen, in Kooperation mit Kliniken und Selbsthilfegruppen.

Stationäre Gesundheitsversorgung

Gesundheit und Pflege gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge und dürfen nicht dem Gewinnstreben privater Unternehmen überlassen werden. Gewinne in diesem Bereich gehen auf Kosten der Patient*innen sowie der Beschäftigten, die unter Arbeitsverdichtung, Absenkung der Fachkräftequote und schlechter Bezahlung leiden. Neben der Privatisierung von Krankenhäusern lehnen wir auch die Ausgliederung einzelner Bereiche wie zum Beispiel der Krankenhausapotheke, Küche, Logistik oder Reinigungsdienst generell ab.

Wir kämpfen seit Jahren zusammen mit den Beschäftigten des Klinikums Frankfurt-Höchst, als einziges verbliebenes Frankfurter Krankenhaus in kommunaler Trägerschaft, dafür, dass kein Verkauf an einen privaten Klinikkonzern erfolgt. Der Betrieb muss sich am Gemeinwohl orientieren, nicht an Renditedruck und Wettbewerbsfähigkeit. Frankfurt braucht eine bessere Palliativversorgung und den Ausbau an Hospizangeboten. Der Wunsch todkranker Menschen, in vertrauter Umgebung oder in einem Hospiz in Würde zu sterben, darf nicht an fehlenden finanziellen Mitteln oder dem Mangel an Plätzen scheitern.

Die Linke fordert:

- Erhalt des Klinikums Höchst in kommunaler Trägerschaft, mit klarer Gemeinwohlorientierung.
- Schaffung neuer Hospize und Verbesserung der bestehenden Förderung der ambulanten Palliativmedizin.
- Schaffung eines Kinder-Hospizes im Stadtgebiet.
- Die Rücknahme der Schließung des pädiatrischen Bereitschaftsdienstes (PBD) an der Uniklinik Frankfurt. Die Stadt Frankfurt muss in Zusammenarbeit mit dem Land Hessen ein tragfähiges Konzept zur Gewinnung von ausreichend Fachpersonal entwickeln, um langfristig die Besetzung dieses zentralen kinderärztlichen Bereitschaftsdienstes in Frankfurt zu gewährleisten.

Pflegeversorgung ausbauen und pflegende Angehörige entlasten

Das vorhandene Angebot der Stadt rund um die häusliche Pflege muss dringend ausgebaut werden. Die Konkurrenzsituation der großen freigemeinnützigen Träger und das Desinteresse an einer abgestimmten Leistungserbringung tragen dazu bei, dass sich die Situation nicht verbessert. Die Stadt Frankfurt sollte sich in der häuslichen Pflege nicht länger vorwiegend auf freigemeinnützige Träger und viele kleinekommerziell ausgerichtete, private Dienste verlassen. Sie muss mit gutem Beispiel vorangehen: ausreichende Angebote in städtischer Trägerschaft schaffen, Mitarbeiter*innen qualifizieren und tarifgebunden beschäftigen.

Die Linke fordert:

- Die Stadtregierung muss sich im Deutschen Städtetag dafür einsetzen, dass die Pflegeversorgung zur kommunalen Pflichtaufgabe wird und Bund und Länder über eine Erhöhung des kommunalen Finanzausgleichs die Kosten tragen.
- Die Stadt muss sicherstellen, dass Pflegebedürftige möglichst lange zu Hause bleiben und dort betreut werden können, indem ausreichende Pflegeangebote geschaffen werden. Dazu muss die Stadt eine Pflegeplanung erstellen, aus der verbindliche Maßnahmen abgeleitet werden.
- Auskömmliche Vergütung der gemeinnützigen Träger bei vollständiger Anwendung des TVÖD-Tarifes für die Beschäftigten.
- Das Beratungsangebot des Pflegestützpunktes muss ausgebaut und personell verstärkt werden. Die Stadt Frankfurt muss öffentlichkeitswirksam über lokale Medien und Plakatkampagnen über dieses kostenfreie Angebot informieren und Konzepte zu einer niedrigschwelligen und dezentralen Beratung entwickeln. Das Angebot an Pflegestützpunkten im Stadtgebiet muss erweitert werden. In den Sozialrathäusern sollten Sprechstunden eingerichtet werden, um alle Pflegebedürftigen und deren Angehörige zu erreichen und sie über alle ihnen zustehenden Leistungen zu informieren.
- Pflegende Angehörige brauchen Auszeiten und Erholung: Frankfurt braucht mehr Plätze in der Tages- und Kurzzeitpflege. Auch für pflegebedürftige Kinder muss es Angebote zur Kurzzeitpflege geben, die gibt es bisher fast nicht.
- Die Stadt muss eine Pflegeplatzbörse einrichten, in der freie Plätze in den Pflegeheimen transparent einsehbar sind (Beispiel Main-Taunus-Kreis).

Psychische Gesundheit

Etwa jeder vierte Mensch in Deutschland wird im Laufe seines Lebens eine psychische Erkrankung erleben. Eine gute Versorgung ist von enormer Bedeutung. Betroffene erleben allerdings oft, dass Wartezeiten auf einen Therapieplatz unerträglich lang sind.

Unzureichende Versorgung führt zu längeren Leidenszeiten und Verschlechterung der persönlichen Situation. Davon sind insbesondere die Verletzlichsten in unserer Gesellschaft betroffen: Kinder, Jugendliche oder Menschen mit Migrationsgeschichte.

Psychische Gesundheit muss eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe sein. Die Linke setzt sich für eine umfassende Verbesserung der Versorgung ein. Es braucht eine verlässliche finanzielle Ausstattung und den Ausbau von ambulanten und stationären Angeboten für psychisch erkrankte Menschen. Ziel ist es, Wartezeiten zu verkürzen und niedrigschwelligen Zugang zu Hilfen zu schaffen.

Die Linke fordert:

- Ausbau psychosozialer, psychologischer und psychiatrischer Unterstützungsangebote und insbesondere einen Einsatz der Stadt zur Erhöhung der Kapazitäten für die fachärztliche und therapeutische Weiterversorgung.
- Zusätzliche kommunale Hilfen im Sozialraum: Aufstockung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Kinderschutzes.
- Dauerhafte Stärkung des kinder- und jugendpsychiatrischen Diensts im Gesundheitsamt.
- Psychotherapeutische Strukturen für Kinder- und Jugendliche ausbauen, die Anzahl der Schulpsycholog*innen muss erhöht und die Schulsozialarbeit ausgeweitet werden.
- Psychosoziale und therapeutische Angebote für Geflüchtete ausbauen.
- Auch bei der Stadtplanung Wert auf psychosoziale Aspekte zu legen: durch mehr Grünflächen, ruhige Orte und soziale Treffpunkte das Wohlbefinden der Frankfurter*innen zu fördern.

Gesundheitsangebote für Schwangere

Zu wenige Hebammen und Angebote der Gesundheitsvorsorge - für Schwangere ist die Gesundheitsversorgung oft ein Hürdenlauf. Wir setzen uns für ein flächendeckendes Angebot ein: für den Erhalt von Geburtsstationen und mehr Hebammen, damit Schwangere und frisch Entbundene bestmöglich versorgt sind.

Auch in Frankfurt machen Selbstbestimmungsgegner mobil, sie belagern Beratungsstellen, die zur Schwangerschaftskonfliktberatung aufgesucht werden müssen, bedrängen Schwangere und Beschäftigte und bedrohen Ärzt*innen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Schwangerschaftsabbruch muss raus aus dem Strafgesetzbuch, es muss Teil der medizinischen Grundversorgung sein und die Stadt Frankfurt muss alle Maßnahmen ergreifen, um Schwangere, Beschäftigte in Beratungsstellen und Ärzt*innen vor Gehwegbelagerungen zu schützen.

Die Linke fordert:

- Hebammenversorgung und Wochenbettbetreuung müssen in Frankfurt flächendeckend gewährleistet sein – durch städtische Förderung und wohnortnahe Angebote.
- Städtische Hebammen als ein weiterer Baustein in der Verbesserung der öffentlichen Daseinsvorsorge! Die Stadt Frankfurt schafft eigene Planstellen, um Hebammen fest anzustellen. Zentral könnten diese „städtischen Hebammen“ an das Gesundheitsamt angegliedert werden. Die von der Stadt Frankfurt fest angestellten Hebammen bieten in den Stadtteilen Vorsorge und Wochenbettbegleitung sowie Kurse wie zum Beispiel Geburtsvorbereitung an.
- Ausbau der zentralen Stelle „Frankfurter Wochenbett Notversorgung“.
- Unterstützung von Gemeinschaftspraxen von Hebammen als kommunale Einrichtungen in den Stadtteilen, die z.B. Kurse wie Geburtsvorbereitung und nachgeburtliche Hilfestellungen anbieten.
- Unterstützung des Geburtshauses.
- Die Belagerung der Pro Familia durch Selbstbestimmungsgegner*innen muss beendet werden!
- Die Ausweitung säkularer Beratungsstellen wie beispielsweise Pro Familia und deren Zusammenarbeit mit Sozialberatungsstellen.
- Die Ermöglichung der Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen in jedem Krankenhaus mit gynäkologischer Abteilung.

Für eine gesundheitsorientierte und selbstbestimmte Drogenpolitik

Die deutsche Drogenpolitik ist in weiten Teilen überholt und unwirksam. Sie richtet sich gegen die Konsument*innen und drängt abhängigkeitskranke Menschen durch Stigmatisierung und Kriminalisierung an den Rand der Gesellschaft. Drogenpolitik erfordert eine ehrliche Auseinandersetzung über Konsumrisiken, eine wirksame Prävention für Suchtgefährdete, Gesundheitsversorgung abhängigkeitskranker Menschen und Schutz für Konsumierende.

Der ‚Frankfurter Weg‘ in der Drogenhilfe, bestehend aus Prävention, Beratung und Therapie, Schadensminimierung und Bekämpfung des Drogenhandels, war und ist richtig, er muss weiterentwickelt werden und sich an verändertes Konsumverhalten anpassen. Die Hilfsangebote für Drogenkranke müssen weiter ausgebaut, die Selbsthilfe finanziell unterstützt und die Betroffenen in die Gestaltung der Hilfeangebote einbezogen werden.

Die Linke fordert:

- Die schnelle Umsetzung des Suchthilfezentrums. Dabei werden keine Unterschiede zwischen Schutzbedürftigen hinsichtlich des Wohnortes getroffen. Beratung, Behandlung und Betreuung von Suchtkranken können nicht „verlagert“ werden.

„Das Gesundheitssystem muss an sozialen und medizinischen Kriterien ausgerichtet werden und nicht am Profitinteresse von Konzernen.“

- Stärkung der sozialen Infrastruktur: Wir brauchen mehr Räume im Viertel, wo sich Drogenkranke und Obdachlose aufhalten können – sichere Toleranz- und Schutzräume, die ihnen Orientierung bieten und den Kontakt zu Hilfsangeboten erleichtern.
- Statt Überwachung fordern wir sozial orientierte Ansätze: Angemessene psychiatrische, soziale und medizinische Versorgung und Beratung, auch mehr Notschlafplätze. Dafür braucht es ausreichend Personal für soziale Arbeit, niedrigschwellige Angebote und eine enge Verzahnung zwischen Polizei, Sozialarbeit und Nachbarschaft.
- Bestehende Einrichtungen der Drogenhilfe und der sozialen Arbeit müssen personell wie finanziell besser unterstützt werden. Nur durch professionelle Unterstützung kann Betroffenen unabhängig von Herkunft oder Wohnort geholfen und die Situation im Viertel verbessert werden.
- Aktiv werden gegen Fentanyl: Das in Frankfurt zirkulierende Heroin wird zunehmend mit dem noch viel gefährlicheren Fentanyl versetzt angeboten. Das Land Hessen muss seiner Verantwortung gerecht werden und endlich die ausstehende Ausführungsbestimmung erlassen, um die Träger der Drogenhilfe in die Lage zu versetzen, Drug-Checking anzubieten.
- Überdachte öffentliche Räume mit Zugang zu sanitären Anlagen, in denen sich Drogenabhängige ohne Verfolgungsdruck aufhalten können.
- Erweiterung der Konsumräume mit 24-Stunden-Öffnung, mehr sichere Konsum- und Aufenthaltsplätze auch für Crack-Konsument*innen.
- Einen Ausbau der Präventionsarbeit, insbesondere an den Frankfurter Schulen.

Prüfen-Rufen-Drücken, Frankfurt als Vorbild für Deutschland

Gerade wenn es auf jede Minute ankommt, werden Ersthelfer*innen zu Lebensretter*innen. Im Jahr 2024 erlitten deutschlandweit mindestens 70.000 Menschen einen Kreislaufstillstand außerhalb des Krankenhauses.

Die Linke fordert:

- Den von der Landesregierung verpflichtend eingeführten „Wiederbelebungsunterricht“ sowohl inhaltlich als auch zeitlich auszuweiten.
- Verpflichtende Erste-Hilfe-Schulung für alle städtischen Angestellten, mindestens alle fünf Jahre aufgefrischt.
- Die Prüfung der Möglichkeit, alle Betriebe zu verpflichten, mindestens alle fünf Jahre einen Erste-Hilfe-Kurs anzubieten.
- Eine Kampagne zur Aufklärung im Bereich der Ersten Hilfe, insbesondere der Reanimationsmaßnahmen.
- Automatisierte externe Defibrillatoren (AEDs) an verschiedenen Standorten zu platzieren (idealerweise mindestens einer pro Stadtteil) und diese sowohl analog als auch in digitalen Onlinekarten zu bewerben.

Kapitel 7

Bildung ist ein **Menschenrecht**

Schule und Kitas sind soziale Räume für Bildung und Entwicklung, die die Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe und Inklusion bilden. Jeder Mensch hat das Recht auf gebührenfreie, hochwertige Bildung und Weiterbildung. Diese darf nicht vom Geldbeutel oder der Herkunft abhängen.

Gute Bildung von Anfang an!

Bildung fängt bei den Kleinsten an. Kinder brauchen den Kontakt zu Gleichaltrigen sowie verantwortungsvolle Bezugspersonen, die sie fördern. Frühkindliche Bildung kann soziale Benachteiligungen verringern. Dafür sind ausreichend Kitaplätze notwendig, kleine Gruppen und gut ausgebildetes Personal, das angemessen bezahlt wird. Eltern und Kinder sind auf eine verlässliche Betreuung angewiesen. Doch immer wieder werden Kitas wegen Krankheitsfällen und Personalmangel tageweise geschlossen und Betreuungszeiten verkürzt, denn der Fachkräftemangel ist groß: Viele Stellen sind unbesetzt und viele Erzieher*innen arbeiten unter schlechten Bedingungen. Der Erzieher*innenberuf verdient mehr Wertschätzung und Anerkennung. Und es braucht angemessene Rahmenbedingungen: Gut ein Drittel der Kitas ist sanierungsbedürftig. In einer wachsenden Stadt braucht es eine angemessene Bildungsinfrastruktur, die mitwächst!

Die Linke fordert:

- Die Gebühren für Krippen, Horte und Kindertagespflege sollen abgeschafft werden und das Essensgeld entfallen.
- Der Versorgungsgrad bei den Unterdreijährigen muss erhöht werden.
- Einen gerechten Zugang zu Kitas! Es darf keinen Hürdenlauf mehr geben, um einen Kitaplatz zu bekommen – die Plätze in den Stadtteilen müssen sinnvoll geplant, das Anmeldeverfahren muss transparent und verlässlich sein.
- Eine Erhebung des Ausmaßes der eingeschränkten Kita-Öffnungszeiten sowie Maßnahmen dagegen.
- Die Entlohnung der Erzieher*innen muss erhöht werden, die Erzieher*innenausbildung grundsätzlich schulgeldfrei sein und tariflich entlohnt werden.
- Mehr Freistellungen der Kita-Leitungen für Personalführung und Konzeptentwicklung.
- Unterstützung für Tagesfamilien durch faire Vergütung und regelmäßige Anpassung der Pauschalen. Eine Verbesserung der Entlohnung für die Nachtbetreuung muss geprüft werden, damit Eltern, die im Schichtdienst arbeiten, ein Betreuungsangebot haben.
- Eine Kitabauoffensive analog zur Schulbauoffensive!

Frankfurter Schulen: Gute Bildung für alle

Viele Schulen in Frankfurt sind in einem schlechten Zustand: Undichte Dächer, unzureichende technische Ausstattung, hygienisch problematische sanitäre Anlagen – all das erschwert Lernen erheblich. Der Sanierungsstau ist enorm, und es fehlt an Fachkräften, um die Sanierungen umzusetzen. Fehlende städtische Grundstücke bremsen den nötigen Schulneubau und fehlende Ausweichflächen verhindern Sanierungen teils über viele Jahre. Es muss Schluss damit sein, dass Generationen von Schüler*innen in Containern oder in maroden Gebäuden unterrichtet werden.

Wir wollen eine Schule für alle, ein inklusives Schulsystem. Jede Form der Benachteiligung und die soziale Spaltung müssen überwunden werden. Wer Kinder frühzeitig auf unterschiedliche Schulformen aufteilt, verfestigt die Bildungsungerechtigkeit und trägt zur sozialen Spaltung unserer Gesellschaft bei. Integrierte Gesamtschulen leisten wichtige Arbeit, um Kindern und Jugendlichen unabhängig von Herkunft, Benachteiligungen oder Behinderungen eine individuelle Förderung zu ermöglichen. Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen eines Stadtteils bis zur 10. Klasse gemeinsam lernen und individuell gefördert werden, um echte Chancengleichheit zu schaffen.

Ab dem Schuljahr 2026/27 gilt der Rechtsanspruch für Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder. Aktuell fehlen Personal, Infrastruktur und eine klare Finanzierung. Aufgabe der Stadt ist es, für dieses auszubauende Angebot gemeinsam mit dem Land die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Der Ausbau von Ganztagsschulen ermöglicht Familien bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie eine ganzheitliche Förderung der Kinder.

Die Linke fordert:

- Mehr Fachpersonal für Schulbau, Sanierung sowie eine konsequente Sanierungsoffensive. Dazu gehören barrierefreie Gebäude, größere und funktionale Klassenräume, Aufenthaltsräume und Rückzugsmöglichkeiten, Räume für multiprofessionelle Teams und Mensen. In die Gestaltung und Ausstattung von Schulen müssen Lehrkräfte und Schüler*innen einbezogen werden.
- Kitas und Schulen sollen in enger Abstimmung mit Ernährungsberater*innen Standards für eine gesunde, kindgerechte und inklusive Ernährung erarbeiten, die auch Kinder mit seltenen Krankheiten oder besonderen Bedürfnissen einschließt.
- Schulküchen sollen so gebaut werden, dass auch vor Ort gekocht werden kann. Die Versorgung der Schüler*innen wollen wir wieder in städtische Hand holen und eine Machbarkeitsstudie zur Umsetzung der Rekommunalisierung der Kita- und Schulverpflegung anstoßen. Wir wollen ein Konzept für nachhaltige Gemeinschaftsverpflegung an Schulen und Kindergärten entwickeln. Kurzfristig soll der Runde Tisch Schulernährung wieder einberufen werden.

„Jeder Mensch hat das Recht auf gebührenfreie, hochwertige Bildung und Weiterbildung.“

- Statt für horrende Summen über Jahrzehnte Mietverträge abzuschließen, soll die Stadt Grundstücke und Gebäude kaufen. Dafür muss sie alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen; bei verkaufsunwilligen Eigentümern muss die Stadt enteignen.
- Die Prozesse für Bau- und Sanierungsmaßnahmen an Schulen müssen beschleunigt, die Kommunikation verbessert werden. Es braucht mehr Personal im Amt für Bauen und Immobilien (ABI).
- Die Stadt Frankfurt muss sich beim Land für ausreichend Lehrkräfte, Sozialpädagog*innen und qualifizierte Schulbegleiter*innen einsetzen.
- Die Stärkung der Schulsozialarbeit an allen Schulformen, um Benachteiligungen abzubauen und individuelle Unterstützung zu gewährleisten.
- Mehr Schulgesundheitsfachkräfte an den Schulen.
- Eine bessere Versorgung mit Schulpsycholog*innen.
- Mehr Integrierte Gesamtschulen für Frankfurt und den Ausbau der Ganztagsschulen als gebundene, rhythmisierte Angebote: Verteilung des Lernangebots auf Vor- und Nachmittag, bewegungsorientierter Unterricht sowie individuelle Förderung der Kinder.
- Bis zur Vollversorgung mit ganztätigen Schulplätzen brauchen wir kostenfreie Hortplätze mit gut ausgebildetem und angemessen entlohntem Personal sowie Erweiterungen im Betreuungsangebot, z.B. Ferienbetreuung, durch entsprechende Personalaufstockung.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Bund, Land und Kommune gemeinsam für ein unentgeltliches Mittagessen an Schulen sorgen.
- Demokratische Beteiligung von Eltern, Schüler*innen, Lehrkräften und anderen schulischen Mitarbeitenden bei schulischen Entscheidungen.
- Eine bessere Unterstützung beim Übergang von der Schule in den Beruf durch Weiterführung und Ausbau der Berufseinstiegsbegleitung.
- Ausweitung des sozialpädagogischen und schulpsychologischen Betreuungsangebots an den Berufsschulen.
- Re-Kommunalisierung der Schulreinigung und Hausmeistertätigkeiten.
- Digitale Ausstattung der Schulen verbessern! Es braucht Endgeräte in Klassenstärke und für jede Lehrkraft. Schulen benötigen Kameras, Streaming-Plattformen und unabhängige Hard- und Software ohne Werbe- oder Manipulationsinteressen. Infrastruktur für den Schwimmunterricht! Vorhandene Schulschwimmbäder müssen saniert, neue gebaut werden.
- Militärfreie Schulen: Keine Werbung für die Bundeswehr an Schulen!

Jugendlichen Ausbildungsperspektiven geben

Wir setzen uns für einen fairen und chancengleichen Übergang von Schule in Ausbildung ein. Alle Jugendlichen haben das Recht auf eine qualitativ hochwertige Berufsausbildung.

Die Linke fordert:

- Jugendliche und junge Erwachsene dabei zu unterstützen, ihre Berufswahl nicht von Geschlechtszuschreibungen abhängig zu machen, sondern von ihren Interessen und Fähigkeiten.
- Die Stadt Frankfurt muss gezielt Unterstützungsangebote und individuelle pädagogische Förderprogramme ausbauen, um Kinder und Jugendliche ohne Schulabschluss zu begleiten und ihnen nachhaltige Perspektiven für eine erfolgreiche Ausbildung oder Integration in den Arbeitsmarkt zu eröffnen. Wir setzen uns für Jugendbeschäftigungsgesellschaften in städtischer Regie ein.
- Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen! Die Stadt Frankfurt muss sich dafür engagieren, dass alle Jugendlichen, die dies wollen, eine Berufsausbildung erhalten und selbst mehr Ausbildungsplätze in der Stadtverwaltung schaffen.

Studis und Wissenschaft willkommen: Gute Bedingungen für Forschung und Lehre

Als Stadt mit einer lebendigen Wissenschaftslandschaft ist Frankfurt ein wichtiger Ort der Bildung und des sozialen Wandels, der durch eine vielfältige und inklusive akademische Gemeinschaft dazu beitragen kann, gesellschaftliche Ungleichheiten abzubauen, eine friedliche Welt zu ermöglichen und demokratische Werte zu stärken. Die Universität und Hochschulen bringen jedes Jahr tausende junge Menschen nach Frankfurt. Wir wollen für die rund 70.000 Studierenden und tausenden Beschäftigten in der Hochschullandschaft gute Bedingungen – und fordern ein Ende des Spardiktats des Hessischen Hochschulpakts der schwarzroten Landesregierung! Jeder Euro, der in Rüstung gesteckt wird, fehlt nun auch im Hochschulwesen. Schluss mit den Sperren bei Investitionen, Berufungen und Stellenbesetzungen und dem Niedergang von Lehre, Forschung und kritischem Denken!

Die Linke fordert:

- Den Ausbau studentischer Wohnräume. Die Stadt muss dem Studierendenwerk Grundstücke zur Errichtung neuer Studierendenwohnheime anbieten.
- Internationale Studierende besser zu unterstützen und Antragsprozesse beim Frankfurt Immigration Office (Ausländerbehörde) zu beschleunigen.
- Den Erhalt und Ausbau studentischer Freiräume zu unterstützen.
- Die Stadt muss sich für eine auskömmliche Finanzierung der Hochschulen beim Land einsetzen: Wer an den Hochschulen spart, behindert die Arbeit an dringend zu lösenden gesellschaftlichen Fragen wie Frieden, Armut, Klima und Demokratie. Kritische Forschung, Lehre und Studium brauchen sichere Arbeitsplätze, die soziale Öffnung der Hochschule und eine Entkopplung vom Diktat der Kapitalinteressen. Nur so kann freie, demokratisch organisierte und selbstbestimmte Wissenschaft gelingen.
- Die Pflege enger wechselseitiger Beziehungen zwischen Stadt, Universität und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen, um den Wissenstransfer und die Zusammenarbeit zu verbessern für gute Bedingungen in Lehre und Forschung.
- Zivilklauseln stärken! Ein klares und öffentliches Bekenntnis zur zivilen Orientierung von Forschung, Lehre und Studium.

Erwachsenenbildung

Lernen endet nicht mit dem Besuch der Schule und dem Abschluss der Ausbildung. Wir wollen, dass Menschen jeden Alters Zugang zu Bildung haben.

Die Linke fordert:

- Die Gebührenfreiheit elementarer Bildungsangebote an der Volkshochschule.
- Kursleiter*innen müssen tariflich entlohnt werden. Bei privaten Anbietern der Erwachsenenbildung muss dies ebenfalls sichergestellt werden. Die bisherige Praxis von befristeten Arbeitsverträgen, die zumeist Werkverträge über wenige Wochen sind, muss aufhören.
- Angemessene Kursgrößen und räumliche Ausstattung.
- Ausbau des Angebots zur politischen Bildung.

„Jede Form der Benachteiligung und die soziale Spaltung müssen überwunden werden.“

Kapitel 8

Gleiche Rechte für Migrant*innen

Geflüchtete willkommen

Frankfurt wächst. Jedes Jahr kommen viele Menschen neu in unsere Stadt, meistens direkt aus dem Ausland. Nur ein Drittel der Frankfurter*innen ist hier geboren, davon sind die meisten Kinder. Bei vielen waren es die Eltern oder Großeltern, die einmal nach Deutschland kamen und blieben. Viele Menschen sind noch nicht lange in der Stadt, andere nur für kurze Zeit. Kommen, gehen, bleiben. Frankfurt ist eine internationale Stadt. Mehr als die Hälfte der Einwohner*innen haben eine Migrationsgeschichte. Menschen aus über 180 verschiedenen Nationen leben hier. Diese Vielfalt ist eine Bereicherung.

Ein integratives Miteinander funktioniert dabei am besten durch gesellschaftliche Teilhabe von Anfang an. Wir begrüßen die Einrichtung des „Frankfurt Welcome and Immigration Centers“, das Arbeiten an einer Frankfurter Willkommenskultur soll weiter ausgeweitet werden. Die Umwandlung der Ausländerbehörde in das Frankfurt Immigration Office (FIO) und die Digitalisierung der Beantragungsprozesse haben allerdings nicht die erhoffte Verbesserung gebracht. Noch immer fehlt Personal, die immer noch tausenden unbeantworteten Anfragen und das Hinterherhinken im Ausstellen von Dokumenten erwecken den Eindruck, absichtlich abschrecken zu wollen. Dass hier Existenzen gefährdet und Grundrechte verletzt werden, wird billigend in Kauf genommen.

Auch kann man ohne Wohnung, ohne menschenwürdige Unterbringung nicht ankommen. Die Unterbringung von Geflüchteten ist vielerorts völlig unzureichend. Viele Ankommende erreichen uns aus Kriegs- und Krisengebieten und sind psychisch und körperlich durch diese Erfahrungen geprägt und benötigen besondere Unterstützung. Durch Stigmatisierung und Diskriminierung haben Migrant*innen einen besonders schweren Zugang zum Wohnungsmarkt. Frankfurt ist in der Verantwortung, umfangreiche Möglichkeiten für Spracherwerb und Bildungsarbeit anzubieten. Auf dem Arbeitsmarkt haben Migrant*innen große Hürden zu überwinden, viele arbeiten in Niedriglohnjobs unter unsicheren Bedingungen – dabei ist materielle Absicherung ein wichtiger Baustein zur gesellschaftlichen Teilhabe.

Die Linke setzt sich für die Einbeziehung aller dauerhaft in Frankfurt lebenden Menschen in politische Entscheidungsprozesse ein. Alle Menschen, die gemeinsam in Frankfurt leben, sollen gleichberechtigt über die kommunalen Belange bestimmen können. Deshalb wollen wir das kommunale Wahlrecht ausweiten.

Auch die Stadtverwaltung muss sich interkulturell öffnen - noch immer sind hier Menschen mit Migrationsgeschichte unterrepräsentiert. Mehrsprachige Informationen fehlen häufig.

Die Stadt Frankfurt hat sich in einem symbolischen Akt zum „Sicheren Hafen“ für geflüchtete Menschen erklärt. Sichere Häfen heißen geflüchtete Menschen willkommen, sind bereit, mehr Menschen aufzunehmen und bilden eine starke Gegenstimme zur europäischen Abschottungspolitik. In der Praxis erfolgt hieraus wenig Konsequenz; im Gegenteil, wir erleben einen migrationspolitischen Rollback. Als Linke heißen wir Geflüchtete willkommen und fordern ein Umsteuern.

Die Linke fordert:

- Alle in Frankfurt lebenden Migrant*innen sollen das kommunale Wahlrecht erhalten, bisher haben dies nur EU-Bürger*innen.
- Solange der Gesetzgeber die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen für ein erweitertes Wahlrecht nicht schafft, müssen die Ausländer*innenbeiräte aufgewertet und andere Wege der Mitwirkung für Migrant*innen geschaffen werden.
- Die Bereitstellung von Räumen durch die Stadt für ein selbstverwaltetes migrantisches Zentrum, in dem Beratung, Wohnen und Leben unter einem Dach möglich sind. Wir fordern ein Haus für Project Shelter sowie Unterstützung für zivilgesellschaftliche, selbstorganisierte Projekte.
- Ein durchlässiges Bildungssystem von der Kita bis zur Hochschule, welches allen Kindern unabhängig von ihrer Herkunft zugute kommt.
- Ein ausreichendes Angebot an Sprachkursen, um gesellschaftliche Teilhabe zu fördern – mit entsprechender Finanzierung und Kinderbetreuung für Deutsch-Lernende mit Kindern. Die Stadt fängt die Kürzungen des Bundes bei der Sprachförderung von Geflüchteten auf, die darin unterstützt werden, ihr Deutschniveau zu erhöhen.
- Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse muss erleichtert werden. Die Stadt soll sich politisch für eine Vereinfachung des Anerkennungsverfahrens einsetzen, da das bestehende System hochqualifizierte Menschen oft abwertet und sie in prekäre Arbeit abdrängt. Konkrete Schritte gegen Diskriminierung bei Wohnungssuche und auf dem Arbeitsmarkt sind dringend notwendig.
- Die Einrichtung einer Unterkunft (Boardinghaus) für Wanderarbeiter*innen.
- Weitere Bemühungen bei der interkulturellen Öffnung der Stadtverwaltung, um die gesellschaftliche Vielfalt auch hier abzubilden.
- Angemessenen Wohnraum für geflüchtete Menschen: Statt dauerhafter Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften müssen sie dezentral im Rahmen des allgemeinen Wohnungsbestandes untergebracht werden. Hierfür sind landesweite Mindeststandards einzuführen. Wenn Sammelunterkünfte kurzfristig unvermeidbar sind, müssen sie gut ausgestattet sein; Geflüchtete dürfen nicht durch hohe Zahlungen belastet werden. Wo möglich, sollten integrierte Wohnkonzepte umgesetzt werden, beispielsweise in Verbindung mit studentischem Wohnen.
- Der Schutz vor Gewalt ist zu gewährleisten: getrennte Unterbringung von alleinstehenden Frauen und ihren Kindern sowie uneingeschränkter Zugang zu Frauenhäusern sind sicherzustellen. Betroffene von Gewalt müssen die Möglichkeit zum Wohnortwechsel haben.

- Unterstützung der von Kürzungen betroffenen Migrationsberatungsstellen.
- Um den Zugang zum Arbeitsmarkt für sogenannte Geduldete zu verbessern, soll ähnlich wie in Wiesbaden eine Arbeitsmarktberatungsstelle eingerichtet werden.
- Die personelle Ausstattung des Frankfurt Immigration Office (FIO) muss verbessert werden, ebenso die Zugänglichkeit und Unterstützung bei Antragstellungen durch entsprechende Anlaufstellen.
- Vertrauen in staatliche Einrichtungen ist Voraussetzung für gelungene Integration. Es darf keine Abschiebungen aus städtischen Einrichtungen oder Schulen geben.
- Für Behördengänge muss es Angebote für Dolmetscherleistungen geben.
- Zur Bekämpfung von racial profiling soll ein digitales Quittungssystem bei Polizeikontrollen eingeführt werden; zudem ist die rechtliche Grundlage für verdachtsunabhängige Kontrollen zu prüfen.
- Humanitäre Aufnahmeprogramme für verletzte Kinder aus Kriegs- und Krisengebieten (z. B. Gaza) aufzulegen.
- Die Stadt Frankfurt soll sich weiter aktiv auf allen Ebenen für eine menschenrechtskonforme deutsche und europäische Migrationspolitik einsetzen und unterstützt die zivile Seenotrettung im Mittelmeer.

„Ein integratives Miteinander funktioniert am besten durch gesellschaftliche Teilhabe von Anfang an.“

Kapitel 9

Aufstehen **gegen Rechts**

Angesichts des zunehmenden Rechtsrucks in Deutschland und Europa erleben wir einen alarmierenden Anstieg rassistischer Hetze, Diskriminierung und Gewalt – auch vor unserer eigenen Haustür. Jeden Tag erfahren Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer Herkunft, ihrer Religion, Sprache oder kulturellen Zugehörigkeit Diskriminierung. Sei es am Arbeitsplatz, in der Schule, bei der Arbeits- und Wohnungssuche, bei anlasslosen Polizeikontrollen (racial profiling) oder in vielen anderen Situationen im Alltag. Damit muss Schluss sein!

Wir stehen für unsere plurale Gesellschaft ein. Niemand darf aufgrund (zugeschriebener) Herkunft diskriminiert werden. Doch Rassismus und rassistische Ausgrenzung durchziehen die Gesellschaft auf allen Ebenen. Für Betroffene von Rassismus bedeutet das, Grenzüberschreitungen, abwertende Kommentare bis hin zu körperlicher Gewalt zu erleben.

Frankfurt ist eine weltoffene und internationale Stadt, in der Menschen aus aller Welt ihr Zuhause haben. Diese Vielfältigkeit gilt es zu erhalten und zu verteidigen. Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Faschismus dürfen hier keinen Platz haben.

Als Linke sehen wir es als unsere Aufgabe an, uns zusammen mit gesellschaftlichen Bündnissen jedem Naziaufmarsch entgegenzustellen. Wir sagen: Keinen Fuß breit den Faschisten! Der Kampf gegen Rassismus in all seinen Formen, gegen rechte Ideologien und Frauenfeindlichkeit ist eine tägliche Aufgabe. Dieser ist nicht nur auf den Straßen und Plätzen, sondern auch am Stammtisch, auf der Arbeit, in den Institutionen zu bekämpfen.

Rechtsextreme Ideologien greifen immer offener in gesellschaftliche Debatten ein und bedrohen das friedliche Zusammenleben in unserer Stadt. Als Linke stehen wir klar und unmissverständlich gegen jede Form von Rassismus, Ausgrenzung und Nationalismus. Und damit stehen wir nicht allein. Mit den Protesten gegen die AfD haben viele Frankfurter*innen nochmals lautstark bekannt: Es gibt breiten Widerstand gegen den Rechtsruck. Es ist unser aller Aufgabe, dafür Verantwortung zu tragen, dass kein Mensch herabgewürdigt oder diskriminiert wird. Rassismus ist weder Randerscheinung noch Einzelfall. Wir setzen uns für eine antirassistische Politik ein, die konsequent auf Aufklärung, Teilhabe und Solidarität baut.

Die Linke fordert:

- Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rassismus, Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus, Antiziganismus, Diskriminierung und rechte Gewalt.
- Keine Genehmigung von Nazi-Aufmärschen in der Stadt und keine Vermietung öffentlicher Räume an Nazis und deren Sympathisant*innen.
- Rechtsextreme Parteien nicht normalisieren und keine Bühne bieten: keine Zusammenarbeit und Zustimmung zu deren Anträgen im Parlament.
- Förderung anti-rassistischer Bildungsarbeit an Kitas, Schulen Jugendeinrichtungen und bei der Erwachsenenbildung.
- Regelmäßige und verpflichtende Weiterbildungen zum Thema Antirassismus, Antisemitismus und Antifeminismus bei Polizei und Verwaltung.
- Fortbildung der städtischen Mitarbeiter*innen in der Verwaltung und bei der Stadtpolizei. Für mehr interkulturelle Kompetenz, Anti-Rassismus-Trainings, Weiterbildungen zu Antirassismus, Antisemitismus und Antifeminismus. Die beim Amt für multikulturelle Angelegenheiten angesiedelte Antidiskriminierungsstelle muss bekannter gemacht werden.
- Die Stärkung und den Ausbau von Unterstützungs- und Beratungsangeboten für Menschen, die Opfer von rassistischem Mobbing, Diskriminierung und rechter Gewalt wurden.
- Die Stadt Frankfurt soll sich dafür einsetzen, dass das Land Hessen endlich die Stelle des Polizeibeauftragten als Anlaufstelle für Beschwerden besetzt.

„Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Faschismus dürfen hier keinen Platz haben.“

Kapitel 10

Global denken, **lokal** handeln: **Friedenspolitik** vor Ort

„Die Linke arbeitet in gesellschaftlichen Bündnissen gegen Krieg, Waffenexporte und Aufrüstung mit.“

Nach Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine wurde die „Zeitenwende“ ausgerufen. Ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr wurde aufgelegt, die Schuldenbremse für Militärausgaben aufgehoben, und mittlerweile spricht die Bundesregierung davon, die Ausgaben nach Nato-Kriterien auf fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen zu wollen – das wäre fast die Hälfte des gesamten Bundeshaushalts. In anderen Bereichen wird massiv gekürzt, aber bei der Rüstung gilt: Koste es, was es wolle. Derweil ächzen die Kommunen unter chronischer Unterfinanzierung und einem Sanierungsstau, hier würde dringend mehr Geld gebraucht. Wir erleben Diskussionen über „Kriegstüchtigkeit“, die Wiedereinführung der Wehrpflicht und massive Werbekampagnen der Bundeswehr – auch vor Ort in Frankfurt. Die Bundeswehr wirbt an Schulen, auf Ausbildungsmessen und auf Straßenbahnen.

Auch wenn außenpolitische Entscheidungen auf Bundesebene getroffen werden, ist Friedenspolitik auch in den Kommunen ein wichtiges Thema. Die Linke arbeitet in gesellschaftlichen Bündnissen gegen Krieg, Waffenexporte und Aufrüstung mit und unterstützt Kampagnen der Friedensbewegung wie zur weltweiten Abschaffung von Atomwaffen.

Die Linke fordert:

- Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen für internationale Zusammenarbeit, Solidarität und Frieden.
- Einen zivilen Flughafen: Die Stadt Frankfurt muss ihr Eigentum am Flughafen nutzen, um jeglichen Export und Import von Rüstungsgütern zu unterbinden.
- Militärfreie Schulen: Keine Werbung für die Bundeswehr an Schulen. Die Stadt Frankfurt soll sich dafür einsetzen, dass die Kooperationsvereinbarung zwischen dem hessischen Kultusministerium und der Bundeswehr aufgelöst wird.
- Keine Werbung der Bundeswehr auf Berufsbildungs- und Ausbildungsmessen in Frankfurt.
- Keine Werbung der Bundeswehr auf Bahnen der VGF und Bussen.
- Umnutzung der Fregatte Frankfurt am Main zur Seenotrettung. Kriegsschiffe zu Rettungsbooten!
- Den Angriff auf die Zivilklausel an der Goethe-Universität abwehren und ihren friedensstiftenden Gehalt voll zur Geltung zu bringen.
- Keine städtische Feier am Veteranentag – der Bundeswehr nicht den roten Teppich ausrollen.
- Militarisierung zurückdrängen, Friedensbildung auf alle Ebenen fördern, Zivilklausel verteidigen.
- Friedensarbeit fördern durch Städtepartnerschaften: Bestehende Partnerschaften sollen weiterentwickelt und Initativen für neue Partnerschaften ergriffen werden, insbesondere mit Städten in Kurdistan und im Westjordanland.

Kapitel 11

Demokratie stärken und Digitalisierung ausbauen

In den Städten entscheidet sich, ob Menschen Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates haben. Wir wollen, dass mehr Frankfurter*innen mitentscheiden können. Mitbestimmung darf keine Frage des Passes sein. Um die demokratische Teilhabe junger Frankfurter*innen zu ermöglichen, soll das kommunale Wahlrecht ab dem 16. Lebensjahr gelten.

Die Vertretung der Bürger*innen in den Stadtteilen sind die Ortsbeiräte. Hier können unmittelbar Probleme eingebracht und Wünsche geäußert werden. Wir wollen die Ortsbeiräte gegenüber dem Magistrat und dem Stadtparlament stärken.

Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen sind auch ein Abbau von Demokratie und werden von der Linken abgelehnt.

Die Linke fordert:

- Kommunales Wahlrecht für alle Frankfurter*innen ab 16 Jahren, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit.
- Die Ortsbeiräte erhalten ein aufschiebendes Veto-Recht für Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung bei Entscheidungen, die maßgeblich den eigenen Ortsbezirk betreffen.
- Es muss Schluss sein mit der Ignoranz des Magistrats gegenüber den Ortsbeiräten. Auf Fragen und Anregungen der Ortsbeiräte ist zeitnah zu antworten.
- Das Ortsbeiratsbudget ist anzuheben.
- Wohnortnaher Zugang zu Ämtern und Behörden statt Zentralisierung und Rückzug aus den Stadtteilen.
- Sicherstellung des Zugangs zu Behörden und öffentlichen Dienstleistungen auch auf analogem Weg. Persönliche Vorsprachen und Beratungen müssen weiter möglich bleiben!
- Kommunale Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand! Verträge müssen transparent sein und einer parlamentarischen Kontrolle unterliegen. Einführung eines kommunalen Vertragsmanagements.
- Die schleichende Entmachtung der demokratischen Einflussmöglichkeiten durch Privatisierungen muss gestoppt werden.

Digitale Souveränität und Datenschutz

Die digitale Transformation bietet Kommunen als tragende Säulen der öffentlichen Daseinsvorsorge neue Chancen, die Lebensqualität der dort lebenden Menschen nachhaltig zu verbessern. Wir verbinden dabei den Anspruch einer Gesellschaft, die sozial gerecht ist und sich auch digital weiterentwickelt. Zugang zu digitaler Infrastruktur darf nicht eine Frage des Geldbeutels sein.

Wir setzen auf IT-Souveränität: freie, transparente Software statt Abhängigkeiten von den großen Tech-Konzernen. Daten, die die Stadt verarbeitet, gehören in öffentliche Hand, algorithmische Entscheidungen müssen nachvollziehbar sein.

Digitale Daseinsvorsorge rückt auch den Schutz personenbezogener Daten in den Mittelpunkt städtischer Verantwortung. Denn gerade der künftige Einsatz städtischer KI- und Smart City-Lösungen erfolgt datengetrieben. Datenschutz ist für uns nicht verhandelbar.

Die Linke fordert:

- Weiterentwicklung der Informationsfreiheitssatzung zu einer Transparenzsatzung.
- Die Verbesserung und Ausweitung der städtischen Open Data Aktivitäten.
- Einrichtung eines unabhängigen Frankfurter Datenschutzbüros.
- Ausbau der Glasfaserinfrastruktur zur Versorgung aller privaten Haushalte, Unternehmen und öffentlichen Gebäude.
- Öffentliches, kostenloses und datenschutzkonformes WLAN an zentralen Orten des öffentlichen Raums.
- Eine benutzungsfreundliche und barrierefreie Modernisierung des Parlaments- und Informationssystems der Stadt (PARLIS).
- IT-Souveränität vorantreiben: Datenhaltung in öffentlicher Hand, städtisch finanzierte Software wird als Freie/Open-Source-Software veröffentlicht (Public Money, Public Code), Abhängigkeiten von kommerziellen Software-Herstellern abbauen.

Bürger*innenrechte schützen – strukturelle Diskriminierung bekämpfen

Durch Überwachung und Ausspähung der öffentlichen und privaten Räume ist die Ausübung demokratischer Rechte bedroht. Zugunsten einer vermeintlichen Sicherheit – die es hundertprozentig nicht gibt – werden Freiheit und Selbstbestimmung ausgehebelt. Durch racial profiling werden Menschen aufgrund ihres Erscheinungsbildes kriminalisiert. Biometrische Massenüberwachung lehnen wir ab – Grundrechte gelten auch digital.

Die Linke fordert:

- Einrichtung einer unabhängigen Polizeibeschwerdestelle.
- Zerschlagung der rechtsextremen Netzwerke und Bekämpfung des strukturellen Rassismus in den Polizeibehörden.
- Veröffentlichung der durch die Polizei ausgewiesenen sogenannten gefährlichen Orte.
- Verbot des Einsatzes von Tasern durch Polizeibehörden.
- Sensibilisierung der Ordnungsbehörden für rassistische Strukturen.
- Keine automatisierte Überwachung anhand biometrischer Merkmale, wie KI-Gesichtserkennung.
- Kein Einsatz von „predictive Policing“ (vorhersagende Polizeiarbeit): Die Nutzung intransparenter Werkzeuge wie Palantir/HessenDATA durch die Stadt Frankfurt ausschließen.
- Algorithmische Entscheidungen offenlegen: Öffentliches Register der eingesetzten Algorithmen mit Zweck, Datenbasis, Verantwortlichen; verpflichtende Folgenabschätzungen vor dem Einsatz.
- Reduzierung der Überwachungskameras im öffentlichen Raum.

Kapitel 12

Gleichstellung von Frauen verwirklichen

Noch immer sind Ressourcen, Chancen und Macht zwischen den Geschlechtern ungleich verteilt. Gleichstellung ist deshalb eine zentrale soziale und demokratische Frage. Auch in Frankfurt ist sie längst nicht erreicht: Frauen verdienen im Schnitt deutlich weniger als Männer, sind seltener in Führungspositionen, übernehmen mehr unbezahlte Sorgearbeit und sind stärker von Altersarmut betroffen. Gewalt gegen Frauen – insbesondere häusliche Gewalt durch Partner oder Ex-Partner – ist weiterhin ein alltägliches Problem – auch in Frankfurt. Die völkerrechtlich bindende Istanbul-Konvention zum Schutz vor Gewalt an Frauen ist auch in Frankfurt noch nicht umfassend umgesetzt.

Gleichstellung kommt nicht von allein. Sie muss politisch gewollt, organisiert und durchgesetzt werden – auf allen Ebenen. Das gilt auch für die Kommunalpolitik. Frankfurt braucht eine aktive Gleichstellungspolitik, die strukturelle Benachteiligungen von Frauen in Arbeit, Politik, Bildung, Gesundheit und im Alltag abbaut.

Die Linke steht an der Seite von Frauen, die sich für ihre Rechte und für ein selbstbestimmtes Leben einsetzen – auf der Straße, in Betrieben, in der Politik, in sozialen Bewegungen. Wir wollen feministische Perspektiven in allen Politikfeldern sichtbar machen und bestehende Programme, etwa zur Gewaltprävention, besser ausstatten und wirksam umsetzen. Für eine feministische Stadt, die niemanden zurücklässt!

Die Linke fordert:

- Gleichstellung in der Stadtverwaltung voranbringen: Frauenförderung und Gleichstellungsplan umsetzen, Lohngleichheit sichern, Gleichbehandlungs- und Entgeltchecks anwenden.
- Care-Arbeit aufwerten: durch bessere Arbeitsbedingungen in der Kinderbetreuung, echte Ganztagsschulen sowie durch neue gemeinschaftliche Infrastrukturen wie Sorgezentren und Stadtteilkantinen.
- Den Kampf gegen Gewalt an Frauen in all ihren Formen als zentrale Aufgabe anerkennen – inklusive Monitoringstelle gemäß Istanbul-Konvention.
- Schutzinfrastruktur gemäß Istanbul-Konvention ausbauen: mehr Frauenhausplätze mit pauschaler Finanzierung, barrierefreie und mehrsprachige Beratungsangebote, Dolmetschleistungen, kostenlose Rechtsberatung und geschultes Fachpersonal.
- Prävention stärken: Täterarbeit ausbauen, feministische Themen in Bildung und Sozialarbeit verankern.
- Gleichstellung strukturell verankern: durch Gender Budgeting, geschlechtergerechte Stadtplanung und die Prüfung aller Magistratsvorlagen auf ihre Auswirkungen auf Frauen.
- Städtische Kampagnen gegen sexuelle Gewalt im öffentlichen Raum – in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen.
- Werbung mit sexistischen Stereotypen auf städtischen Werbeflächen untersagen, vielfältige Körperbilder fördern.

„Gleichstellung kommt nicht von allein. Sie muss politisch gewollt, organisiert und durchgesetzt werden.“

Kapitel 13

Queer: Gleichberechtigung für **alle geschlechtlichen Identitäten** und **sexuellen Orientierungen**

Wir setzen uns für eine vielfältige Gesellschaft ein, in der alle Menschen nach ihren Bedürfnissen leben und lieben können - unabhängig von ihrer geschlechtlichen Identität und sexuellen Orientierung. Alle sollen sich in den verschiedensten Lebensbereichen zeigen und sicher fühlen können. Die Selbstbestimmung jedes Menschen ist für uns nicht verhandelbar.

Die Situation queerer Menschen ist häufig von Mehrfachdiskriminierung geprägt. Gerade in jüngster Zeit werden queere Veranstaltungen wie die Pride von Rechtsaußen bedroht. Insbesondere Trans-Personen sind das Ziel rechter Angriffe. Ihre Bedrohung durch Gewalttaten ist überdurchschnittlich. Hierfür darf in unserer Gesellschaft kein Platz sein. Queere Menschen im Kindes-/Jugendalter, im höheren Alter, mit Migrationsgeschichte, mit Rassismuserfahrungen, mit Beeinträchtigungen sowie in prekären sozialen Situationen sind besonders betroffen. Um dem entgegenzuwirken, braucht es eine intensivere Sensibilisierung der Gesellschaft, mehr Aufmerksamkeit für Betroffene und entsprechende Angebote.

In Schulen, Vereinen, Behörden, Sport-, Ausbildungs- und Arbeitsstätten gehört Queerfeindlichkeit leider noch immer zum Alltag. Kinder aus „Regenbogenfamilien“ sind oft von einer Stigmatisierung ihrer Eltern mitbetroffen. Die Stadt Frankfurt muss diese Diskriminierung aktiv bekämpfen.

Die Linke fordert:

- Queere Räume sind Teil einer vielfältigen Gesellschaft und Basis einer lebendigen, solidarischen Stadtkultur: Die Stadt Frankfurt muss sich für den Erhalt und die Förderung von queeren Räumen wie Bars, Clubs, kulturellen Einrichtungen, queere Orte ohne Konsumzwang sowie für Vereins-, Beratungs- und Schutzräume einsetzen.
- Eine Öffentlichkeitskampagne der Stadt gegen jede Form von Stigmatisierung, Diskriminierung und Gewalt aufgrund von geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung.
- Den Aufbau einer umfassenden Struktur zur Prävention und zum umfassenden Schutz von queeren Menschen vor Gewalt. Hierzu gehört auch ein sensibles und respektvolles Verhalten von Polizei und Strafverfolgungsbehörden durch verbindliche und qualifizierte Aus- und Weiterbildungsprogramme und die Sicherstellung der psychosozialen Betreuung von Gewaltbetroffenen.
- Sicherheitskonzepte und Schutzmaßnahmen bei Pride-Veranstaltungen in Frankfurt ausbauen – auch für An- und Abreisende. Ordnungsbehörden und Verwaltungen müssen für queerfeindliche und rechtsextreme Bedrohungslagen geschult werden.
- Die Stadt Frankfurt muss ihren Einfluss auf Landesebene geltend machen, sodass die Vielfalt geschlechtlicher Identitäten sowie sexueller Orientierungen, wie im schulübergreifenden Lehrplan Sexualerziehung vorgesehen, angemessen behandelt wird. Das bedeutet, Schulen und die Lehrkräfteaus- und -fortbildung entsprechend auszustatten und Projekte freier Träger zu fördern. Frankfurt setzt sich zudem für eine Verankerung dieser Ausbildungsinhalte an hessischen Pflegeschulen ein.
- Die Stadt muss Sensibilisierungsprogramme und Fortbildungen von Lehrkräften, Erzieher*innen, Jugendleiter*innen, Beschäftigten in der Kinder-, Familien- und Jugendhilfe sowie von Behörden anbieten, die die Vielfalt geschlechtlicher Identitäten und sexueller Orientierungen anerkennen und Gleichstellung fördern. In der Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter*innen des Standesamtes ist die respektvolle Behandlung von Menschen aller Geschlechter Pflicht. Dazu gehört auch der Abbau von Geschlechterstereotypen.
- Ausweitung der Aufklärungsprojekte wie „SCHLAU Frankfurt“, ihre Aufstockung und dauerhafte Finanzierung.
- Aufstockung und dauerhafte Finanzierung der bestehenden Selbsthilfe- und Beratungsstrukturen von und für queere Menschen durch die Stadt. Förderung und Ausbau von Schutzangeboten für queere Kinder und Jugendliche. Dazu zählen auch queere Wohnprojekte (wie „Queeres Jugendwohnen“) und Jugendzentren (wie „KUSS41“).
- Förderung und Ausbau queerer Senior*innen-Wohn- und -Pflegeprojekte.
- Förderung und Ausbau von Beratungsangeboten und Schutzräumen für queere Sexarbeiter*innen (wie “KISS Frankfurt”). Diese Angebote sollten sowohl psychosoziale als auch gesundheitliche Aspekte umfassen.
- Für die Förderung der Akzeptanz ist das Expert*innenwissen und die Unterstützung der Communities unerlässlich. Die Arbeit der kommunalen Koordinierungsstelle für LSBTIQ ist dauerhaft zu sichern.
- Sichtbarmachung queerer Geschichte und Gegenwart im öffentlichen Raum.
- Besondere Unterstützung von queeren Geflüchteten.

Kapitel 14

Rechte der **Menschen mit Behinderungen** stärken – **Inklusion** verwirklichen

In Frankfurt leben viele Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen. Wir setzen uns für ein selbstbestimmtes Leben für alle ein, auf dem Arbeitsmarkt, in der Gesundheitsversorgung, bei der Mobilität, in Schule, Sport und in allen anderen Lebensbereichen.

Barrierefreiheit und gesellschaftliche Teilhabe müssen in allen politischen Bereichen mitgedacht werden. Wir setzen uns für die konsequente Verwirklichung des Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein.

Kein Mensch darf aufgrund einer Behinderung diskriminiert werden. Viele Menschen mit Behinderungen machen tagtäglich die Erfahrung, dass sie an Bereichen des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens nicht teilnehmen können, weil Mobilitätsangebote und Barrierefreiheit unzureichend sind.

Auch ihr Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt ist mit hohen Hürden versehen. Das wollen wir ändern, um das Recht auf Inklusion durchzusetzen. Dabei wollen wir nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg entscheiden, sondern Projekte und Vereine für ein selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderungen stärken.

Die Linke fordert:

- Bessere Inklusion am Arbeitsplatz. Die Stadt muss nicht nur in städtischen Betrieben, sondern in allen Unternehmen, auf die sie Einfluss hat, darauf achten, dass die Integrationsquoten eingehalten werden. Zudem muss Inklusion am Arbeitsplatz auch ein Kriterium für öffentliche Ausschreibungen und Auftragsvergabe sein. Notwendig ist zudem die Ausweitung der Fördermaßnahmen zur Eingliederung (bzw. Wiedereingliederung) von Menschen mit Behinderung ins Berufsleben.
- Einrichtung eines Inklusionsfonds der Stadt Frankfurt, um Veranstaltungen von Vereinen barrierefrei zu gestalten.
- Mehr Personal und Kompetenzen für die Stabsstelle Inklusion und das Büro des bzw. der Behindertenbeauftragten.
- Verbesserung der Frühförderung von Kleinkindern mit Behinderung und Ausbau von Spielplätzen mit barrierefreien Spielgeräten.
- Frankfurt braucht einen Blindenstadtplan. Mit diesem Plan können sich blinde Menschen und Menschen mit Sehbehinderungen besser in der Frankfurter Innenstadt orientieren.
- Städtischer Zuschuss für Umbau zu Rollstuhl-Taxis für Taxiunternehmer.
- Kitas und Schulen müssen inklusiv arbeiten. Kinder mit und ohne Behinderung sollen zusammen aufwachsen, um frühzeitig und ohne Vorbehalte mit- und voneinander lernen zu können.
- Fahrdienste für Menschen mit Behinderung dürfen nicht gekürzt, sondern müssen ausgebaut werden. Diese Dienste dürfen nicht privatisiert werden, und es muss eine tarifliche Entlohnung für die dort Beschäftigten gesichert werden.
- Barrierefreiheit für Rollstuhlfahrer*innen, Blinde und Sehbehinderte sowie Menschen mit sonstigen Behinderungen muss im ÖPNV, in öffentlichen Gebäuden und städtischen Einrichtungen gewährleistet werden.
- Alle Haltestellen im ÖPNV müssen zügig barrierefrei gemacht werden.
- Investitionsoffensive für einen sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau mit barrierefreien und inklusiven Wohnangeboten. Öffentliche Investitionen, Fördergelder und die Vergabe müssen an Barrierefreiheit gebunden werden.
- Stadtentwicklungs- und Baupolitik in Frankfurt müssen auf die Entwicklung von inklusiven und umfassend barrierefreien Lebensräumen und Stadtquartieren ausgerichtet werden. Ziel soll „Design für alle“ sein.
- Vereinfachten Umbau zu barrierefreien Wohnungen mit einem stadtweiten Förderprogramm. Wohnprojekte für Menschen mit Behinderung müssen finanziell gefördert werden.
- Ausbau der sozialpädiatrischen Zentren als ambulante Einrichtungen für Kinder mit Entwicklungsverzögerungen, Behinderungen und Beeinträchtigungen.
- Vereine, die selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderungen stärken, besser zu fördern.
- Öffentliche Veranstaltungen der Stadt Frankfurt müssen barrierefrei sein, bei vorheriger Anmeldung auch in Gebärdensprache oder mit induktiven Höranlagen.
- Der kommunale Behindertenbeauftragte und die Stabsstelle Inklusion müssen in die Planung von Freizeit- und Kulturangeboten in Frankfurt einbezogen werden.

Kapitel 15

Kinder und Jugendliche stärken

Kinder und Jugendliche brauchen Räume zum Spielen, Lernen, Toben, Freund*innen treffen, Musizieren, Turnen und Kreativsein. Alle Kinder haben das Recht auf eine gesunde Ernährung, individuelle Förderung und freie Entfaltung. Kein Kind darf in Armut und Not aufwachsen, Gewalt erfahren oder seiner Zukunftschancen beraubt werden. Der Zugang zu Bildung, Sport und Kultur darf nicht vom Elternhaus abhängig sein. Die Linke fordert auf Bundesebene eine Kindergrundsicherung für alle Kinder. Wir rücken die Bedürfnisse der Kinder in den Fokus und wollen alle Elternteile in jeder Familienkonstellation in die Lage versetzen, gut und sicher für sich und ihre Angehörigen sorgen zu können.

Die Linke fordert:

- Kinderarmut bekämpfen!
- Kostenfreies Mittagessen an allen Kitas und Schulen anbieten.
- Mehr kinder- und familienfreundliche Treffpunkte, Begegnungsstätten für Eltern und Kinder und ausreichend kindgerechte Spielräume in den Quartieren.
- Nachbarschaftsangebote wie Mehrgenerationenhäuser, Kinder- und Familienzentren, Kinder- und Jugendhäuser ausbauen.
- Möglichkeiten der Familienbildung und -erholung stärken und ausbauen.
- Nachbarschaftsnahe Unterstützungsangebote wie die Frühen Hilfen, Familien-, Erziehungs-, Elternberatungsstellen und das Kinderschutznetz personell und finanziell unterstützen.
- Erhöhung der Einkommensgrenzen für den Frankfurt-Pass.

Demokratie fängt bei den Kleinen an

In einer demokratischen Gesellschaft müssen Kinder und Jugendliche mitreden und mitbestimmen dürfen. Bisher wird jedoch viel zu oft über ihre Köpfe hinweg entschieden. Das wollen wir ändern. Kinder und Jugendliche haben das Recht, sich im öffentlichen Raum nach ihren Wünschen zu bewegen, sichtbar zu sein, sich zu unterschiedlichen Themen zu engagieren oder auch Einsprüche zu formulieren.

Die Linke fordert:

- Mehr Bildungsarbeit zu Kinderrechten und Erlernen der Demokratie.
- Kommunales Wahlrecht ab 16 Jahren.
- Einrichtung eines stadtweiten Jugendparlaments mit Rede- und Antragsrecht in städtischen politischen Gremien. Die Linke unterstützt das vom Frankfurter Jugendring und Frankfurter Stadtschüler*innenrat ins Leben gerufene Partizipationsprojekt „JugendMachtFrankfurt“.
- Eine dauerhafte Absicherung der Geschäftsstelle des Stadtschüler*innenrats.
- Demokratische Beteiligung von Schüler*innen an schulinternen und schulpolitischen Entscheidungsprozessen.
- Mehr Räume zur Aneignung durch Jugendliche beispielsweise durch die Bereitstellung selbstverwalteter Jugendzentren.
- Jugendquartiersmanagement in jedem Stadtteil.

„Kein Kind darf in Armut und Not aufwachsen, Gewalt erfahren oder seiner Zukunftschancen beraubt werden.“

„Alle Kinder haben das Recht auf eine gesunde Ernährung, individuelle Förderung und freie Entfaltung.“

Offene Kinder- und Jugendarbeit stärken

Ganztagsschulen und Horte müssen ausgebaut werden. Jedoch können und sollen sie das Freizeitangebot der offenen Kinder- und Jugendarbeit nicht ersetzen. Dieses ermöglicht es Kindern und Jugendlichen, eigene Sozialräume zu erschließen und Orientierung für die weitere persönliche Entwicklung zu finden. Dabei braucht es eine besondere Sensibilität für Themen wie Rassismus und Antisemitismus, Geschlechtsidentität und Ausgrenzung.

Die Linke fordert:

- Ausreichende, an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes angepasste Finanzierung der freien Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit.
- Ein flächendeckendes Netz an städtischen Jugendhäusern mit besserer Ausstattung an Sachmitteln und Personal.
- Ausbau der Zusammenarbeit der Jugendhäuser mit Kultur- und Bildungseinrichtungen, z.B. der Volkshochschule.
- Einen offenen Jugendtreffpunkt in jedem Stadtteil.
- In der Kinder- und Jugendförderung sind ausreichende Mittel bereitzustellen.
- Bessere Finanzierung der Jugendverbände.
- Ausbau und Vernetzung der Arbeitsfelder Mädchen- und Jungenarbeit.

Kinder und Jugendliche vor Gewalt schützen

Das eigene Zuhause sollte ein Ort sein, an dem sich jedes Kind und jeder Jugendliche geborgen und geschützt fühlt. Aber leider sind viele in ihren Familien psychischer und körperlichen Gewalt ausgesetzt und erleben sexuellen Missbrauch. Die Zahl der Kindeswohlgefährdungen steigt. Die Stadt muss alles daransetzen, Kinder und Jugendliche vor Gewalterfahrungen zu schützen.

Die Linke fordert:

- Eine bessere personelle Ausstattung des Jugend- und Sozialamts und der Jugendhilfe. Die aufsuchende Sozialarbeit muss gestärkt werden und Familien durch zusätzliche mobile Teams besser unterstützt werden.
- Bestehende Notfalltelefone und -strukturen finanziell absichern und öffentlich bekannter machen.
- Ausreichend Unterbringungsplätze für Kinder und Jugendliche, die aufgrund von Gewalt- und Missbrauchserfahrungen nicht in ihrer Familie verbleiben können.
- Gezielte Maßnahmen, um Schulen und andere Einrichtungen besser bei der Bekämpfung von Mobbing zu unterstützen.

Kultur und Freizeit

Wir wollen allen Kindern den Zugang zu Sport, Museen, Theatern und anderen Kulturangeboten ermöglichen und die Entwicklung einer nichtkommerziellen, selbstbestimmten Jugendkultur fördern.

Die Linke fordert:

- Kostenfreie oder günstige Sport-, Kultur- und Freizeitangebote für alle!
- Kostengünstige bzw. wo möglich kostenfreie und wohnortnahe geeignete Räumlichkeiten für Kultur- und Jugendeinrichtungen.
- Ausweitung eines kostengünstigen Angebots für Ferienspiele.
- Die Förderung nichtkommerzieller, selbstbestimmter Jugendkulturzentren.
- Wohnortnahe, öffentlich zugängliche Sportplätze und Spielflächen – auch außerhalb von Vereinsstrukturen.

Kapitel 16

Gutes und **würdevolles** Leben im **Alter**

Wir wollen, dass Frankfurt eine lebenswerte Stadt für alle Altersgruppen ist. Derzeit aber führen gesellschaftliche, soziale und bauliche Barrieren dazu, dass viele ältere Menschen ausgegrenzt werden. Hohe Lebensmittelpreise und eine niedrige Rente machen es für viele immer schwerer, über die Runden zu kommen. Nicht wenige müssen fürchten, durch die steigenden Mieten aus ihren Wohnungen verdrängt zu werden. Frankfurt kann viel dafür tun, um das Leben von Senior*innen in Frankfurt zu verbessern und für finanzielle Entlastung zu sorgen.

Die Linke fordert:

- Die Stärkung der Mitbestimmungs- und Teilhabeinteressen von Senior*innen durch ein Antragsrecht des Senior*innenbeirats und die Erweiterung seiner Öffentlichkeitsarbeit.
- Eine altersinklusive Stadtentwicklung und Gestaltung des öffentlichen Raums. Hierzu gehören Barrierefreiheit, Nahversorgung und dezentrale Einkaufsmöglichkeiten (z.B. durch Vereine und Genossenschaften), eine wohnortnahe gesundheitliche und pflegerische Betreuung, die Förderung von generationenübergreifenden Begegnungsstätten mit Kultur- und Freizeitangeboten und von nachbarschaftlicher Unterstützung, z.B. durch selbstorganisierte Küchen für alle oder Hilfenetzwerke. Hierfür legen wir ein Aktionsprogramm „altersinklusive Stadtentwicklung“ vor in Zusammenarbeit mit den Senior*innenbeiräten, Sozialverbänden und weiteren Interessengruppen.
- Den bedarfsgerechten Bau und Ausbau sozialer Wohnformen, die ein altersgerechtes und selbstbestimmtes Wohnen ermöglichen, und die Förderung von generationenübergreifenden Wohnprojekten (Mehrgenerationenhäuser). Hier sind besonders die städtischen Wohnungsbaugesellschaften gefordert.
- Förderung und Ausbau von Nachbarschaftszentren in allen Stadtteilen als wichtiger sozialer Treffpunkt auch für Senior*innen. Die Nachbarschaftszentren sind mit ausreichend Personal zu besetzen.
- Eine deutliche Ausweitung einer kostenlosen, barrierefreien, öffentlichen Toilettenversorgung in allen Stadtteilen.
- Fahrkartenverkauf und Inanspruchnahme von Beförderungsleistungen müssen auch analog erworben und genutzt werden können.
- Die Förderung der altersgerechten Umgestaltung von Wohnungen, damit ältere Menschen möglichst lange in ihrem gewohnten Wohnumfeld bleiben können. Hierfür werden stadtweite Förderprogramme aufgelegt.
- Für das möglichst lange Leben in der eigenen Wohnung sind gute ambulante Strukturen unverzichtbar. Die Stadt muss mit dafür Sorge tragen, dass es sowohl stationäre wie ambulante Einrichtungen in ausreichendem Umfang und guter Qualität gibt.
- Die Angebote des Rathauses für Senior*innen und des Pflegestützpunktes Frankfurt sind bekannter zu machen.
- Bildungsangebote und -programme für Senior*innen.
- Essen auf Rädern mit gesunder, regionaler Kost und verschiedenen Angeboten soll wieder in städtischer Regie angeboten werden. Auch hierfür fordern wir die Wiedereinrichtung der städtischen Küchenbetriebe.
- Einen humanen Umgang mit Demenzkranken. Das erfordert u. a. die Erweiterung integrativer und inklusiver Angebote, um demenzkranken Menschen so lange wie möglich Lebensqualität und Selbstständigkeit zu erhalten.
- In Alteneinrichtungen die Haltung und den Besuch von Tieren zu erleichtern, damit Tiere verstärkt zur seelischen Betreuung alter Menschen beitragen können.

„Frankfurt kann viel dafür tun, um das Leben von Senior*innen zu verbessern und sie finanziell zu entlasten.“

Kapitel 17

Kultur für alle

Frankfurt war und ist ein gesellschaftspolitisches Labor: Kunst, Wissenschaft und soziale Bewegungen haben hier das geistige Klima geprägt und frühzeitig emanzipatorische Impulse gesetzt. Viele gesellschaftliche Konflikte wurden in Frankfurt früher sichtbar als anderswo.

Kultur schafft gesellschaftlichen Wert, den der Markt allein nicht sichern kann. Auf diese Weise ermöglicht sie Teilhabe unabhängig von Herkunft oder Einkommen und wirkt sozialer Spaltung entgegen. Gleichzeitig bildet Kultur einen essenziellen Teil der Frankfurter Demokratieinfrastruktur. Bühne, Museum und Soziokultur sind Räume, in denen gesellschaftliche Debatten, solidarisches Miteinander und emanzipatorische Vermittlung erfahrbar werden. In Zeiten, in denen die Freiheit der Kunst durch rechte Angriffe und Sparpolitik unter Druck gerät, verteidigen wir Frankfurts vielfältige Kulturlandschaft entschieden – ohne Gesinnungsprüfung, aber mit Haltung.

Frankfurt hat eine Kunst- und Kulturlandschaft mit überregionaler Ausstrahlung. Theater, Museen, Bibliotheken, die breite Soziokultur, Denkmäler, die Programmkinos sowie die Musik- und Clubszene prägen die kulturelle Identität der Stadt. Doch noch immer stehen finanzielle und gesellschaftliche Hürden der kulturellen Teilhabe im Weg.

Die Linke will Kultur als Teil öffentlicher Daseinsvorsorge sichern. Wir stehen für eine solidarische Kulturpolitik, die Teilhabe für alle ermöglicht und Vielfalt schützt – unabhängig vom Geldbeutel, vom Pass oder von der Bühne.

Teilhabe stärken, Kultur allen öffnen

Kulturelle Bildung und Teilhabe gehören zur Daseinsvorsorge, sie muss allen offenstehen. Trotz ermäßigter Eintrittspreise in vielen Einrichtungen bestehen weiterhin finanzielle und gesellschaftliche Barrieren. Es gilt, diese Barrieren abzubauen, soziale Ausgrenzung zu bekämpfen und kostengünstige oder kostenfreie Angebote zu schaffen.

Kunst- und Kulturschaffende wiederum sollen in Frankfurt gute Lebens- und Arbeitsbedingungen vorfinden. Derzeit dominieren im Kultursektor prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Selbstausbeutung durch projektbezogene Aufträge, eine geringe soziale Absicherung und oftmals Einkommen unterhalb der Existenzsicherung.

Die Linke fordert:

- Soziale Preispolitik bei allen Kultureinrichtungen und mehr kostenlose oder kostengünstige Kulturangebote.
- Mehr städtische Mittel und verlässliche Förderung für die freie Szene, kleinere Kunst- und Kulturinitiativen, etwa Stadtteilkinos, das Filmhaus Frankfurt sowie Sommerwerft und Stoffel.
- Mehrjährige institutionelle Förderung statt kurzfristiger Projektfinanzierung, um prekäre Arbeitsbedingungen einzudämmen.
- Kulturangebote auch in Randlagen ermöglichen – durch vereinfachte Zwischennutzung leerstehender Gebäude und günstige Räume für Ateliers, Theater und Musik im Rahmen des "Kunst belebt"-Programms.
- Digitalisierung im Kulturbereich fördern, für bessere Teilhabe und Vermittlung.
- Neuer Fördertopf für Eigen- und Ausstellungshonorare Bildender Künstler*innen.
- Kunst im öffentlichen Raum fördern und mehr legale Orte für Graffiti-Kunst schaffen.
- Interkulturelle Kulturinitiativen unterstützen, für Austausch und gelebte Vielfalt.
- Zeitgemäße Umgestaltung der Dauerausstellung in der Paulskirche. Eine Bebauung des Paulsplatzes lehnen wir ab.
- Dippemess bleibt! Der Festplatz am Ratsweg wird nicht geopfert.
- Freie Szene in den Tourismusbeirat – Mitsprache bei der Verwendung der Tourismusabgabe.

Theater stärken und öffnen

Frankfurt hat eine vielfältige Theaterlandschaft. Die Frankfurter Linke steht zu den Städtischen Bühnen. Die Finanzierung des Neubaus der Städtischen Bühnen kann die Stadt nicht allein stemmen, die Bundesregierung und das Land Hessen müssen sich daran beteiligen. Beim Neubau muss der Denkmalschutz insbesondere für das „Wolkenfoyer“ als Teil eines bedeutenden Baus der Nachkriegsmoderne beachtet werden.

Auch angesichts der enormen Kosten dieses Projektes muss ein Konzept zur Öffnung dieser Häuser für die diverser werdende Stadtgesellschaft als integraler Teil aller Planungen entwickelt werden.

Auch die freie Theaterszene wollen wir stärken: Sie braucht eine verlässliche Finanzierung, mehr Räume und Unterstützung durch die Stadt.

Die Linke fordert:

- Für die Städtischen Bühnen braucht es ein Konzept zur sozialen Öffnung. Nicht verkaufte Karten sollen bis zehn Minuten vor Veranstaltungsbeginn an Jugendliche und Frankfurt-Pass-Inhaber*innen zu einem symbolischen Preis vergeben werden.
- „Theaterdonner in den Stadtteilen“: Mobilen Stadtteil-Kultursommer initiieren mit Bühnen vor Ort.
- Mehr städtische Förderung der freien Kulturszene – insbesondere für kleinere Kunst- und Kulturinitiativen, Ausstellungsräume sowie Film- und Kulturfeste.
- Sanierung und Ausbau der Naxoshalle als Spielstätte für freie Gruppen.

- Aufbau des Kinder- und Jugendtheaters im Zoo-Gesellschaftshaus als Produktionshaus unter Einbindung der örtlichen freien Szene.
- Institutionelle Förderung des Theaters in der Engelsburg in Sindlingen als Vorbild für den Ausbau von Kultur in den Stadtteilen.
- Klimaneutrale Betriebskonzepte für Kulturstätten fördern.

Museen

Frankfurt verfügt über eine herausragende Museumslandschaft, die es zu bewahren und zu fördern gilt. Hier sind die Möglichkeiten der kulturellen Bildung und ästhetischen Erziehung vorhanden.

Die Linke fordert:

- Kostenloser Eintritt in alle Museen, zunächst für Frankfurt-Pass-Inhaber*innen, mittelfristig für alle.
- Ankaufsetats der Museen anheben und Sammlungsbestände gezielt ausbauen.
- Reduzierte Öffnungszeiten in den Frankfurter Museen rückgängig machen.

Bibliotheken stärken

Bibliotheken sind die Herzkammer der kulturellen Bildung. Sie bieten einen Zugang zu Kultur, zu Medien und sozialer Interaktion. Wir wollen, dass Bibliotheken offene Foren der Stadtgesellschaft sind.

Die Linke fordert:

- Gebührenfreie Nutzung der städtischen Bibliotheken. Erweiterte Öffnungszeiten, insbesondere keine Schließungen der Stadtteilbibliotheken in den Ferien.
- Stadtteilbibliotheken erhalten und ausbauen.
- Digitalisierung von Bibliotheken und Archiven fördern.

Kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche

Kulturelle Bildung ist essenziell für die individuelle Entwicklung der Kinder. Es gilt, insbesondere auch Kinder aus einkommensschwachen Familien und Kinder mit Migrationsgeschichte die Teilhabe an Kunst und Kultur zu ermöglichen. Wir schlagen ein „Kinder-Kultur-Programm“ vor, das auf Theater, den Zugang zu Museen und auf musikalische Früherziehung setzt.

Die Linke fordert:

- Ein städtisches Programm „Kinder für einen Euro ins Theater“.
- Drei „Klingende Mobile“ für Kitas und Grundschulen zur musikalischen Früherziehung – gemeinsam mit den Musikschulen.
- Ein Kulturpass für alle Kinder mit einem Guthaben von 100 Euro jährlich zur freien Nutzung kultureller Angebote.

Erinnerungs- und Erkenntniskultur

Dem erstarkenden Faschismus und Antisemitismus muss die Stadt Frankfurt entschieden entgegentreten. Deshalb müssen bestehende Programme gesichert und neue Formate entwickelt werden. Das Erinnern an die Opfer des Faschismus muss ein wichtiger Bestandteil der Kulturpolitik sein. Erinnerungsorte wie das Denkmal der Kindertransporte oder die ehemaligen Adlerwerke als Außenstelle des Konzentrationslagers Katzbach sind stärker zu unterstützen.

Die Linke fordert:

- Erhöhung der Mittel für die Bildungsstätte Anne Frank und das Fritz Bauer Institut.
- Bis zu 30 % Zuschuss für Klassenfahrten zu KZ-Gedenkstätten aus dem Bildungsetat.
- Regelmäßige Film-Programme zur Aufarbeitung der NS-Zeit für Schulklassen und Jugendgruppen, in Zusammenarbeit mit den Programmkinos.
- Antifaschistische und emanzipatorische Kulturprojekte erhalten und fördern.
- Einrichtung eines dekolonialen Beirats zur Aufarbeitung der Kolonialgeschichte Frankfurts.

Musik und Clubkultur

Die Musikschulen leisten einen zentralen Beitrag zur musikalischen Bildung. Wir wollen sie besser ausstatten und allen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geben, ein Musikinstrument zu erlernen - unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Musiker*innen brauchen Räume zum Proben. Wir wollen die Frankfurter Clubszene erhalten und das Clubsterben bekämpfen.

Die Linke fordert:

- Förderung der Musikschulen ausbauen und verstetigen, für besseren Zugang und sichere Beschäftigungsverhältnisse.
- Zusätzliche günstige Proberäume schaffen.
- Clubsterben verhindern: Bessere Förderung der Clubszene, zum Beispiel mit einem Kredit- und Sanierungsfonds. Langfristige Mietlösungen und ggf. die Nutzung öffentlicher Immobilien.

Kapitel 18

Verantwortung für Tiere in Frankfurt übernehmen

Tiere sind fühlende Lebewesen. Im profitorientierten Wirtschaftssystem gelten sie jedoch zumeist als Ware, mit grausamen Folgen.

Wir fordern die konsequente Achtung der Interessen aller Tiere (d.h. von Haus-, „Nutz"-, Wild- und Stadttieren), den Schutz ihrer Lebensräume sowie die Beendigung von Praktiken, die ihrem Wohlergehen und ihren Bedürfnissen widersprechen.

Die Linke fordert:

- Artgerechte Haltungsbedingungen für „Nutztiere" in der Landwirtschaft sicherstellen.
- Natürliche Lebensräume von Wildtieren in Frankfurt schützen. Flächen entsiegeln und aufwerten.
- Keine Gastspielgenehmigungen für Zirkusbetriebe mit Tieren in Frankfurt, da eine artgerechte Haltung dort nicht möglich ist.
- Insektenfreundliche Grünflächen mit Wildblumenwiesen, regionalem Saatgut und Verzicht auf Pestizide.
- Dauerhafte Wasserstellen für Vögel, Igel und Insekten im gesamten Stadtgebiet.
- Den flächendeckenden Ausbau betreuter Taubenschläge zur tierschutzgerechten Populationskontrolle und besseren Hygiene in der Stadt.
- Kontrollierte, artgerechte Fütterungskonzepte für Stadttauben an festgelegten Stellen statt pauschaler Fütterungsverbote.
- Tierheime besser unterstützen: Fundtierpauschale anheben.
- Regelmäßige, unangekündigte Kontrollen tierhaltender Betriebe durch das Veterinäramt und Transparenz bei Verstößen.

„Wir fordern die konsequente Achtung der Interessen aller Tiere und den Schutz ihrer Lebensräume."

Kapitel 19

Breitensport fördern statt Kommerzialisierung

„Der Zugang zu Sportangeboten und Schwimmbädern darf nicht vom Geldbeutel abhängen.“

Sport bringt Menschen zusammen, überwindet Barrieren, fördert Integration und kann Diskriminierung entgegenwirken. Sport macht Menschen gesünder, kann das Selbstbewusstsein stärken und dabei helfen, sich der eigenen Fähigkeiten bewusst zu werden. Aufgabe der Stadt ist die Förderung von Freizeit- und Breitensport, Vereinssport und Nachwuchsförderung. Nötig ist ein umfassender Zugang zu adäquaten Angeboten für alle Personengruppen. Ziele wie Inklusion und Antidiskriminierung müssen dabei immer mitgedacht werden.

Der Zugang zu Sportangeboten und Schwimmbädern darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Insbesondere Kinder und Jugendliche brauchen öffentliche und kostenfreie Angebote wie Bolzplätze und Turngeräte. Immer mehr Kinder und Jugendliche können nicht schwimmen, das wollen wir ändern.

Die Linke fordert:

- Kostengünstige sowie auch kostenfreie Sportangebote für Kinder, Jugendliche und Rentner*innen.
- Ein Bäderkonzept, das den Erhalt aller öffentlichen Bäder, mehr Schulschwimmbäder und die notwendige Sanierung garantiert.
- Die Eintrittspreise für Erwachsene müssen deutlich gesenkt, für alle Jugendlichen der Zugang kostenfrei werden. Es braucht eine Ausweitung des Schwimmunterrichts und der Schwimmkurse für Kinder und Jugendliche sowie den Erhalt und Ausbau der Schulschwimmbäder.
- Bessere Förderung der Sportvereine durch die Stadt – insbesondere für integrative und inklusive Projekte.
- Den Bau neuer Sportstätten angesichts der stetig wachsenden Stadt und eine Modernisierung und Renovierung der bestehenden öffentlichen Sportanlagen. Sportstätten sind für Menschen mit Behinderung barrierefrei zu gestalten.
- Kommunale Sportanlagen müssen für nichtkommerzielle Nutzung generell mietfrei sein. Es darf keine Privilegien für kommerzielle Großveranstalter auf Kosten der Steuerzahler*innen geben! Konzepte für Sicherheit, Schutz und Hygiene bei Events müssen durch legitimierte Behörden erstellt werden.
- Ausbau von Bewegungsangeboten an Schulen, Kitas und Betreuungseinrichtungen.
- Regelhafte Sanierung und Instandhaltung von Bolzplätzen und Freizeitsportanlagen.
- Fanprojekte, die sich gegen Rassismus stellen und sich um die soziale Integration und Förderung von Jugendlichen kümmern, müssen unterstützt und gefördert werden.
- Mit Stadionbesucher*innen und der Fußball-Fanszene ist ein offener Dialog notwendig statt immer wiederkehrender Diskussionen um Repressionen und Kriminalisierungsversuche.

Kapitel 20

Finanzen: **Einnahmen erhöhen** und Konzerngewinne **gerecht besteuern**

Frankfurt am Main ist eine der reichsten Städte Deutschlands. Dennoch fehlt es an sozialem Ausgleich. Es wurde bislang nicht geschafft, Frankfurt zu einer lebenswerten Stadt für alle zu machen.

Die Regierung verschleppt seit Jahren notwendige Investitionen. Personalstellen bleiben unbesetzt, und der Ausbau des ÖPNV wie auch der soziale Wohnungsbau kommen nicht voran. Frankfurt könnte Sprünge machen, tritt aber auf der Stelle und setzt einseitig auf Prestigeprojekte.

Daher muss endlich umgesteuert werden. Eine Stadt ist für uns kein Konzern und soll auch nicht als solcher geführt werden, sondern sie sollte der öffentlichen Daseinsvorsorge verpflichtet sein.

Die Bundesregierung belastet Kommunen durch immer neue Pflichtaufgaben und Einnahmeausfälle. Die Linke fordert hier mehr Entlastung und eine stärkere Unterstützung durch den Bund und das Land Hessen.

Öffentliche Investitionen für eine lebenswerte Stadt

Die Linke tritt für umfangreiche öffentliche Investitionen in Frankfurt ein. Vorrang haben dabei der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, der Bau bezahlbarer Wohnungen, der Bau von Schulen und Kitas sowie Investitionen in die städtischen Kliniken und in den Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien.

Dafür ist das Amt für Bauen und Immobilien (ABI) neu zu organisieren und mit Fachpersonal aufzustocken. Zugleich müssen bei den Dienstleistungen, z.B. bei Kitas, in der Sozialarbeit, an Schulen und Krankenhäusern wieder Vollzeitarbeitsplätze mit unbefristeten, guten Verträgen geschaffen werden, die die bisher niedriger bezahlte, oft prekäre Arbeit ersetzen. Diese Investitionen der Kommune werden auch den kleinen und mittleren Unternehmen Frankfurts in hohem Maße zugutekommen. Darauf ist bei der Auftragsvergabe der Stadt zu achten.

Einnahmen erhöhen durch gerechtere Besteuerung der Konzerngewinne

Frankfurter Unternehmen sollen, wenn sie Profite einfahren, einen höheren Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Leistungen erbringen. Wir wollen die Gewerbesteuer – eine reine Gewinnsteuer – um 90 Punkte anheben. Starke Schultern können und müssen endlich mehr tragen. Durch vorhandene Freibeträge werden Kleingewerbetreibende geschützt, große Konzerne jedoch herangezogen, mehr beizutragen. Wir wollen die Gewinne gerechter verteilen. Seit 2007 werden Unternehmen in der Stadt geschont, während andere immer schwerer über die Runden kommen. Damit muss Schluss sein. Überdies wollen wir die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindewirtschaftssteuer. Auch gutverdienende Selbstständige und Freiberufler*innen sollen einen Beitrag leisten. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit.

Wir wollen Steuerbetrug von Unternehmen stoppen und Stellen für Gewerbesteuerprüfer*innen schaffen. In Wiesbaden wurden vier solcher Stellen geschaffen, die bis zu acht Millionen Euro zusätzliche Gewerbesteuereinnahme einbrachten. Hier geht es um Millionenbeträge jährlich, die der Stadt durch Steuerhinterziehung entgehen. Daher werden wir die Zahl der kommunalen Steuerprüfer*innen deutlich erhöhen.

Wir wollen mehr Personal in der Stadtverwaltung. Dadurch werden die Arbeitsprozesse beschleunigt, und durch Expertise in den eigenen Ämtern kann auf teure externe Planungsleistungen und Gutachten verzichtet werden, für die bislang Millionen aufgewendet wurden. Nur 87 % aller Planstellen in Frankfurt sind besetzt! Das wollen wir ändern.

Anstatt weiterhin teure Büroräume für die Stadtverwaltung anzumieten, fordern wir ein offensives städtisches Gebäudemanagement durch den Bau von Behördenzentren. Die Stadt soll perspektivisch aus teuren Mietverträgen für Ämter und Behörden aussteigen. Besser selber bauen, als teuer anmieten.

„Profitable Frankfurter Unternehmen sollen einen höheren Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Leistungen erbringen.“

„Eine Stadt ist für uns kein Konzern und soll auch nicht als solcher geführt werden. Sie sollte der öffentlichen Daseinsvorsorge verpflichtet sein.“

Die Linke fordert:

- Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes von aktuell 460 Punkten um 90 Punkte auf 550 Punkte. Das bringt ca. 900 Millionen Euro jährlich für die Stadt Frankfurt.
- Aufnahme zusätzlicher Kredite für Investitionen in Höhe von 500 Millionen Euro jährlich.
- Mehr kommunale Steuerprüfer*innen einstellen. Steuerhinterziehung konsequenter bekämpfen.
- Die Einstellung von Gewerbesteuerprüfer*innen.
- Einrichtung eines Fördermittel-Managements und einer zentralen Stabsstelle „Fördermittel“, um so deutlich mehr Fördergelder von Europaebene, Bund und Land einzunehmen.
- Die Stadt Frankfurt legt künftig kommunale Anleihen mit einem Volumen von 500 Millionen Euro zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben auf, wie es Kommunen wie München und Dortmund bereits tun. Die Anleihe soll so ausgestaltet werden, dass sie insbesondere auch von in Frankfurt lebenden Menschen gezeichnet werden kann.
- Bei allen stadteigenen und stadtnahen Betrieben werden die Manager*innengehälter und Bezüge der Geschäftsführer*innen begrenzt auf das 10-fache des niedrigsten Gehalts im Unternehmen. Keine Boni für Manager*innen.
- Keine Public Private Partnership-Projekte, weil diese die Privatisierung öffentlicher Aufgaben zum Ziel haben.
- Politische Initiativen der Stadt zur stärkeren Besteuerung von Unternehmensgewinnen, für eine gerechtere Vermögens- und Erbschaftssteuer sowie zur Abschaffung der Schuldenbremse auf Landes- und Bundesebene.

Die Linke. Kreisverband Frankfurt am Main
Allerheiligentor 2 - 4
60311 Frankfurt am Main

Tel.: 069 97 98 15 46
Mail: buero@linke-frankfurt.de
www.die-linke-ffm.de

www.die-linke-ffm.de

Die Linke. Kreisverband Frankfurt am Main
Allerheiligentor 2 - 4
60311 Frankfurt am Main

Tel.: 069 97 98 15 46
Mail: buero@linke-frankfurt.de
www.die-linke-ffm.de

V.i.S.d.P. Janine Wissler